

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Donnerstag, den 20. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

Wirth soll bleiben.

Berlin, 20. Oktober. (Drahtbericht.)

Der „Vorwärts“ schreibt an der Spitze seiner heutigen Morgenausgabe:

Der Reichstag versammelt sich heute in Berlin, um zur Entscheidung in Oberschlesien Stellung zu nehmen. Diese Entscheidung liegt bis jetzt im amtlichen Wortlaut noch nicht vor, es heißt aber, daß sie heute noch zu erwarten ist. Nach ihrem Eintreffen wird sich das Kabinett Wirth über sein Verbleiben schlüssig werden. Der nächstliegende Gedanke ist, daß das Kabinett alsbald vor dem Reichstag tritt, von seiner bisherigen Tätigkeit Rechenschaft ablegt und den Reichstag über sein Gehen oder Verbleiben entscheidet läßt. Leider ist aber auch keineswegs sicher, daß dieser gerade Weg beschritten wird. Ob das möglich sein wird, hängt von den Entschlüssen der Fraktionen ab. Gestern haben nur die Fraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei getagt. Ihre Beratungen waren naturgemäß vertraulich. In journalistischen Kreisen wurde indes behauptet, daß die Verhandlungen des Zentrums für das Verbleiben des Kabinetts Wirth durchaus günstig sind, die Deutsche Volkspartei aber habe einen von den Demokraten gewünschten Eintritt in ein umzubildendes Kabinett Wirth gegen 5 Stimmen abgelehnt. Trifft diese Nachricht zu, was wir dahingestellt sein lassen müssen, dann wäre die innere Lage bis auf einen Punkt geklärt: Zentrum und Sozialdemokratie für Wirth und die Deutsche Volkspartei gegen Wirth. Es bleibt dann nur noch die Frage, ob sich die Demokraten für Wirth oder für die Deutsche Volkspartei entscheiden. Aber auch diese Entscheidung dürfte sich von selber ergeben, da man sich bei den Demokraten nicht der Erkenntnis verschließen wird, daß ein Falllassen Wirths unter solchen Umständen das innere politische Chaos bedeutet. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Gefahr einer sinnlosen und unheilvollen Krisis heute etwas geringer erscheint, als in den letzten Tagen.

Wie die „Deutsche Zeitung“ von zuverlässiger Seite erzählt, hat die Zentrumsfraktion sich in ihren gestrigen Besprechungen dahin geeinigt, Wirth unter allen Umständen zu halten.

SPD. Berlin, 19. Oktober. (Drahtbericht.)

Die „Partei-offizielle zentrumsparlamentarische Korrespondenz“ bemüht sich schon seit einigen Tagen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß innerhalb des Zentrums keine Neigung für einen Kabinettswechsel besteht. In der Mittwoch-Ausgabe verteidigt das offizielle Organ in anerkannter Weise das Kabinett Wirth und betont, daß das Votum des Obersten Rats in diesem Falle nicht als eine Folge der vom Kabinett eingeschlagenen Politik sei, wie man sich auf der rechten Seite heute Mühe gebe, die Öffentlichkeit glauben zu machen. „Es geht nicht an“ — so heißt es u. a. — „Vorwürfe einem Kabinett anzuhängen, die innerlich und äußerlich einfach darin begründet liegen, daß Deutschland der Verlierer im Weltkrieg gewesen ist.“

Wir glauben es dem Zentrumsorgan gern, daß bei dem augenblicklichen Parteivorstand keine Neigung zum Ministersturz besteht. Tatsache ist aber, daß von dem schwerindustriellen Flügel des Zentrums unter Aufwand erheblicher Geldmittel Propaganda für den Sturz des Kabinetts Wirth gemacht wird und daß man, nachdem die Kandidatur Adenauer aussichtslos erscheint — Adenauer ist einer der Favoriten der Schwerindustrie — den Versuch gemacht hat, den deutschen Volkshäupter in Paris, Dr. Mayer, für die Kandidatur eines Reichskanzlers breitzuführen. Wie verlautet, soll Mayer bereits zugesagt haben, was uns jedoch wenig glaubhaft erscheint. — Diese Feststellungen erscheinen uns notwendig, um dem Treiben der schwerindustriellen Kreise Einhalt zu tun. Daß Adenauer und Genossen sich in der Zentrumsfraktion des Reichstages durchsetzen werden, erscheint uns ausgeschlossen. Immerhin beweisen aber die verschiedenen Strömungen innerhalb der Zentrumsfraktion, daß für einen Teil der Zentrumsabgeordneten nicht die Situation Deutschlands bei der Einstellung zu politischen Maßnahmen so sehr maßgebend ist, als Rücksichten anderer Art. Auch eine Tatsache, die den Zentrumsarbeitern zu denken geben müßte.

Einigung in der Botschafterkonferenz

Paris, 20. Oktober.

Die Botschafterkonferenz hat gestern morgen eine Sitzung abgehalten. Im Verlaufe der Sitzung kam eine Einigung über die noch schwebenden Fragen bezüglich der Notifizierung des Genfer Entscheides an Deutschland und Polen zustande. Die Konferenz hat am Nachmittag eine zweite Sitzung abgehalten, um den Text

der Notifizierung auszuarbeiten. Die Notifizierung wird dann sofort erfolgen.

London, 19. Oktober.

Wie Reuter erfährt, erklären sich alle Alliierten Regierungen damit einverstanden, die Vorschläge des Völkerbundesrates in bezug auf Oberschlesien ohne Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Polen und Deutschland sich streng nach ihnen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Verfahren betreffen, insbesondere die Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerbundesrates überwachen soll. Es wird für wichtig angesehen, daß diese erledigt werden, bevor die neue Grenzlinie der polnischen und deutschen Regierung bekanntgegeben wird.

Friede mit Amerika.

Washington, 19. Oktober.

Der Senat ratifizierte die Friedensverträge mit dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn.

Wie ergänzend gemeldet wird, wurden die Verträge mit dem Deutschen Reich und Oesterreich mit 66 gegen 28 Stimmen, der Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen angenommen.

Bevor der Senat zur endgültigen Abstimmung über den Friedensvertrag schritt, bei der eine um acht Stimmen höhere Mehrheit erzielt wurde, als zu einer Zweidrittelmehrheit erforderlich war, versuchten die Demokraten an Stelle des Vertrages mit Deutschland den Versailler Vertrag mit den von Lodge vorgeschlagenen zwölf Vorbehalten zur Annahme zu bringen. Der Versuch mißglückte. Es wurden die von Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Vorbehalte angenommen, wodurch unterragt wird, daß die Vereinigten Staaten sich an der Reparationskommission oder an irgend einer anderen internationalen Kommission ohne Zustimmung des Repräsentantenhauses als Mitglied beteiligen. Nach der Zustimmung des Senats zu dem Friedensvertrag steht nur noch die formelle Ratifikation aus.

Zu dem erfreulichen Abschluß des Friedensvertrages mit Amerika haben wir bereits bei seiner Unterzeichnung in Berlin das Notwendige gesagt. Mit der Annahme des Vertrages in Washington, der diejenige im Reichstag bekanntlich bereits vorausging, ist nunmehr der Friedenszustand endgültig wiederhergestellt und die Möglichkeit zur Wiederaufnahme auch der diplomatischen Beziehungen formell gegeben.

Gesetz zum Schutz der Republik.

Der nach der Ermordung Erzbergers von der Volksmeinung geforderte und vom Reichskanzler damals auch angekündigte Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik ist, wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, jetzt fertiggestellt und liegt den Regierungen der Länder zur Aeußerung vor. Am 29. Oktober steht er zur Beratung des Reichsrats.

Wir können nur wünschen, das Gesetz möge so ausfallen, daß es den zahlreichen Gegnern der Republik in der Richterwelt unmöglich ist, die Bestimmungen des Gesetzes so zu pressen und zu kneten, daß die Absichten des Gesetzgebers illusorisch gemacht werden können. Von dem heutigen Richteramt muß man derlei leider befürchten, weil es zu einem großen Teil in der Republik eine hassenswerte vorübergehende Erscheinung sieht, die nicht geschächt, sondern gestürzt werden muß.

Erholung der Mark.

Berlin, 20. Oktober.

Wie vorauszusehen war, ist der sprunghaften Steigerung der Devisenkurse an den deutschen Börsen eine Ernüchterung gefolgt. Am Mittwoch zeigte sich bei Beginn des offiziellen Verkehrs an der Berliner Börse, daß einem starken Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln eine nur sehr geringe Nachfrage gegenüberstand.

So waren Dollarnoten mit 177 erhältlich. Im weiteren Verlauf schwankte der Kurs ab bis 170, und selbst auf dieser Basis fanden nur geringe Umsätze statt. Die amtliche Notiz lautete für New York auf 171,75, Amsterdam 5875, London 670. Man nimmt in Börsenkreisen an, daß die kürzliche, weit über das durch die Verhältnisse gegebene Ziel hinausgehende Steigerung des Dollars das Ergebnis von Machinationen gewesen ist.

Wie es kam.

Die Tragödie Oberschlesiens.

Durch die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien und ihre voraussichtliche Bestätigung durch die Entente geht Deutschland ein wertvoller Teil seines territorialen Besitzstandes verloren. Der Reichstag wird um so mehr Ursache haben, die Frage der Verantwortung für dieses Unglück zu prüfen, als bekanntlich von der Rechten lebhaft Versuche unternommen werden, die gegenwärtige Regierung um seinetwillen zu stürzen.

Schon während des Krieges war zwischen Frankreich und dem damaligen Zarenreich Rußland ein Geheimvertrag abgeschlossen worden, der Frankreich im Westen, Rußland im Osten nach dem Siege das Recht zubilligte, seine Grenzen selbst zu bestimmen. Dieser Vorgang blieb damals in Deutschland noch unbekannt, aber schon in der Antwort der Entente auf die Friedensfrage Wilsons im Januar 1917 traten — unter der geschickten Maske der Völkerbefreiung — die annektionistischen Absichten unserer Gegner klar zutage. Als diese Antwort veröffentlicht wurde, sagte der „Vorwärts“, das die Sozialdemokratische Partei an ihrem Ziel der Verständigungsfriedens festhalte, er fuhr aber dann fort: „Nun ist es klar, daß unsere Gegner einen solchen Frieden jetzt noch nicht geben wollen. Jetzt wäre jedes Wort, das in seiner Wirkung darauf hinausläufe, den Verteidigungswillen des Volkes zu erschüttern, ein Verbrechen am deutschen Volke.“

Es war also damals die Absicht der Sozialdemokratie, die Verteidigung so lange fortzusetzen, bis die Gegner zu einem Verständigungsfrieden bereit waren. Diese Absicht wurde aber durchkreuzt durch das wahnsinnige Treiben der Annektionisten, die die sozialdemokratische Verteidigungspolitik als Verrat am Vaterlande brandmarkten, zugleich aber den Annektionisten der Gegner stärkten. Diese mußten sich sagen: „Wenn Deutschland im Fall seines Sieges annektieren will — und was alles sollte damals nicht annektiert werden? — warum sollen wir im Fall unseres Sieges nicht das gleiche tun?“

Im Januar 1918 veröffentlichte Wilson seine berühmten 14 Punkte. Ein großer Teil von ihnen war für Deutschland durchaus annehmbar, ein anderer traf das Empfinden des deutschen Volkes aufs schmerzhafteste, weil er in kaum verhüllten Worten die Herausgabe Elsaß-Lothringens und weiter östlicher Gebiete forderte. Schon damals war es klar, daß nur ein abgemildertes Wilson-Programm eine für Deutschland erträgliche Lösung bringen könnte.

Trotzdem ging das annektionistische Treiben weiter, und das deutsche Volk wurde von der Obersten Heeresleitung in eine bedenkenlose Siegesstimmung eingelullt. Da kam der verhängnisvolle Sommer 1918, in dem sich das Kriegsglück entscheidend von Deutschland abwandte. Die deutschen Heere im Westen waren zu unaufhörlichen Rückschlägen genötigt, bei denen Hunderttausende von Gefangenen und Tausende von Geschützen verloren gingen. Die mazedonische Front brach zusammen. Am 28. September forderte die Oberste Heeresleitung die sofortige Annahme von Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines Waffenstillstandes.

Am 8. Oktober richtete Prinz Max an die Oberste Heeresleitung ein Telegramm mit fünf Fragen, von denen die dritte und die vierte folgendermaßen lauteten:

3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?

4. Für den Fall, daß die Frage zu 3 bejaht wird, ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?

Darauf antwortete die Oberste Heeresleitung am 9. Oktober (37 Tage vor dem legendenhaften „Dolastock“ des 9. November) folgendes:

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 28. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt heftig alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten

nachlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Damit war das Schicksal Deutschlands entschieden auf dem Schlachtfeld und nicht auf der Straße, auf der 37 Tage später die Republik ausgerufen wurde.

Der ursprüngliche Vertrag von Versailles sah die Abtrennung ganz Oberschlesiens von Deutschland vor. Den Bemühungen der Regierung Scheidemann-Brodorf-Raukau gelang es, diese Forderung wieder rückgängig zu machen und das Zugeständnis der Volksabstimmung durchzusetzen. Ohne diesen Erfolg der sozialdemokratisch geführten ersten Koalitionsregierung wäre ganz Oberschlesien an Polen gefallen.

Im Pariser „Figaro“ vom 15. Juli d. J. wurde das Protokoll jener Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht, in der über Oberschlesien entschieden wurde. Gegen Wilson, der die polnisch-französische Forderung nach einer sofortigen Abtretung des ganzen Landes vertrat, setzte sich Lloyd George lebhaft für die deutsche Forderung ein, wobei die totale Unkenntnis der europäischen Verhältnisse bei dem Amerikaner, ihre weit schärfere Erfassung durch den Engländer klar hervortrat. In diesem Dialog heißt es:

Wilson: Es gibt in Deutschland keine Volksbewegung zugunsten Oberschlesiens. (1) Es ist eine rein kapitalistische Angelegenheit.

Lloyd George: Und doch ist die deutsche Reichsregierung in der Mehrheit sozialdemokratisch, und sie ist es, die Protest erhebt.

Während die Oberste Heeresleitung am 3. Oktober 1918 den gefährdeten Osten gleichsam mit einer einzigen Handbewegung preisgab, haben die Regierungen der Republik für ihn jahrelang mit zähem Eifer gekämpft. Wenn die Volksabstimmung durchgeführt und ein großer Teil von Oberschlesien von dem ihm zugedachten Schicksal bewahrt wurde, so war das ihr Werk.

Die Gefahr, daß ganz Oberschlesien in die Hände Polens fallen könnte, wurde aber noch einmal brennend. Das war im Mai d. J. vor der Annahme des Ultimatums. Seine Ablehnung hätte den gleichzeitigen Verlust des Ruhrreviers und ganz Oberschlesiens unfehlbar zur Folge gehabt. Die gegenwärtige Regierung nahm an, um zu retten, was noch zu retten war — und das gilt bei ihren Gegnern als ihr Verbrechen.

Wenn heute gelagt wird, die Annahme sei ein Fehler gewesen, weil nun doch ein wertvolles Stück Oberschlesiens verloren gehen sollte, so ist darauf zu antworten: Das Stück von Oberschlesien, das gerettet worden ist, ist auch wertvoll. Es hat zwar keine Zinse, aber es ist bevölkert von unsern deutschen Landsleuten, die in Frieden bei uns bleiben können, weil Deutschland das Ultimatum angenommen hat.

Jetzt gilt es, das Los unserer von uns getrennten Volksgenossen zu lindern und die Schäden, welche Deutschland durch den Verlust erlitten, zu mildern. Zu diesem Werk sind aber die am allerwenigsten berufen, die an der Arbeit der gegenwärtigen Regierung die lauteste Kritik üben: die Annektionslehre von ehemals und die Anhänger der militäristischen Halbgelehrten. Denn sie sind es in Wahrheit, die das, was uns von Oberschlesien verloren geht, weggenommen haben wie den Einsatz eines verlorenen Glücksspiels.

Herbsttagung des britischen Parlaments.

London, 18. Oktober.

Nach einer Ferienpause von zwei Monaten trat heute nachmittags das Parlament wieder zusammen, um sich in der Hauptsache mit der industriellen Krise zu befassen. Kennworthy (Arbeiterpartei) beantragte, daß außer der Arbeitslosenfrage während der Herbsttagung auch eine Möglichkeit zur Erörterung der oberösterreichischen Frage, der russischen Hungersnot und der irischen Frage geschaffen werde. Chamberlain sprach gegen die Zulassung einer Oberösterreich-Debatte; der Entscheidung des Völkerbundes habe man sich zu fügen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde von der Regierung auf 1 1/2 Millionen angegeben. Lloyd George sagte unter allgemeinem Beifall, er hoffe, persönlich nach Washington gehen zu können, sobald die parlamentarische und die allgemeine Lage dies zuließe. Admiral Lord Beatty werde in Washington die britische Flotte, Lord Curzon das britische Heer und Marshall Jiggins die britischen Luftstreitkräfte vertreten. Chamberlain teilte mit, daß die Regierung im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage vier Gesetzentwürfe einbringen werde. Lloyd George wird morgen bei ihrer Einbringung eine allgemeine Erklärung über die Politik der Regierung abgeben. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung des Parlaments nicht länger als 14 Tage dauern werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte Clynes (Arbeiterpartei) an, ob es richtig sei, daß England auf der Brüsseler Hungerkonferenz erklärt habe, man müsse Rußland so lange Unterstützung versagen, als es seine Vorkriegsschulden noch nicht bezahlt habe. Der Direktor des Bureaus für das Ausland erwiderte im Namen der Regierung, die in Brüssel angenommene Resolution unterseide zwischen Hilfswort und Kreditgewährung für Rußland. Die Konferenz lud alle Regierungen ein, dem roten Krieg bei dem Hilfswort für Rußland beizutreten. Die englische Regierung handle bereits demgemäß. Was die Kreditgewährung anbetrifft, so entspreche die Haltung der Konferenz dem Beschluß vom 16. August, wonach Rußland erst Kredite gewährt werden sollen, wenn es die Bedingungen annehme, die im Handelsvertrage zwischen russischen und westlichen Ländern üblich sind. Auf eine andere Anfrage erklärte die Regierung, die englische Regierung stehe immer auf dem Standpunkt, daß Rußland nur dann Kredite gewährt werden wenn es seine Vorkriegsschulden anerkenne.

Um Briands Politik.

In der gestrigen Kammeritzung gab es zwischen Lardieu und Briand ein lebhaftes Zwiegespräch. Briand erklärte, daß die Politik des Quai d'Orsay, die zu einer Verbesserung der Ausübung des Friedens hätte führen können, zu nichts geführt habe. Die Regierung habe die Rechte der Reparationskommission wieder hergestellt. Lardieu rief: Viele Kommissionen hat Infirmitäten der Regierung erhalten! Briand widerspricht und sagt ferner, selbst der Urheber des Friedens (wohl Clemenceau, Red.) habe erklärt, der Vertrag sei ein fortgesetztes Werden. Daraus gehe hervor, daß der Wille Frankreichs zur Ausübung nicht genüge. Man müsse stets mit seinen Alliierten einig bleiben, um den Friedensvertrag ausführen zu können. Lardieu weist auf den Wert der Unterchristen des Vertrages hin. Briand erwidert, Lardieu habe gesagt, Frankreich habe gewisse Garantien

erhalten, die seine Sicherheit gewährleisten. Wo seien diese Sicherheiten und die Unterchristen? Lardieu fragt: Sind wir denn nicht am Rhein? Briand erklärt weiter, das Land müsse sich Rechenschaft darüber ablegen, daß

der Wechselkurs den Milliarden deutscher Goldmark seine Bedeutung nehme.

Briand stellt fest, daß Deutschland bis jetzt bezahlt habe, genau nach dem Zahlungsplan. Das Ultimatum sei angenommen worden, was man mehr? Die Stellung Frankreichs sei weit davon entfernt, geschwächt zu sein. Die Politik, die Lardieu und seine Freunde befolgen wollten, betrachte er als katastrophal; wenn sie in der Kammer eine ziemlich starke Mehrheit finden werde, die in ihm die Meinung erwecke, daß man andere Gedanken habe, dann müßte ein anderer seine Nachfolgerschaft übernehmen.

Kongress der Sozialisten der baltischen Staaten.

Riga, 19. Oktober.

Am 18. Oktober wurde hier der Kongress der Sozialdemokraten Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens eröffnet, auf dem die gemeinsamen Richtlinien für die äußere Politik der baltischen Staaten erörtert wurde. Mit diesem Kongress fällt das Eintreffen einer aus 30 finnischen Parlamentariern, Journalisten und Industriellen bestehenden Abordnung in Lettland zusammen. Am zweiten Tage des Besuchs der Finnländer geriet das lettische Parlamentsgebäude in Flammen und brannte bis zur Hälfte nieder.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages zur Wohnungsbauforderung.

Berlin, 19. Oktober.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages nahm in seiner Sitzung am 18. Oktober u. a. zur Wohnungsbauforderung Stellung und faßte eine Entschließung, in der die Bereitstellung von über die Forderungen des Reichswohnungsbaugesetzes vom 26. Juni 1921 weit hinausgehenden öffentlichen Mitteln verlangt wird. Die Abgabenlasten müßten ganz wesentlich gelindert werden, damit daraus auch die Kapitalaufwendung für die notwendigen Neubauten bestritten werden könnte. Die damit verbundene Verteuerung der Wohnungsmiete müßte als unabwendbar mit in Kauf genommen werden.

Der erste Rappistenprozeß.

v. Jagow und v. Wangenheim als Angeklagte.

Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig beginnt am Donnerstag, dem 27. d. M., der Prozeß gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandbundes und der Pommerischen Landwirtschaftskammer Dr. phil. h. c. Freiherrn v. Wangenheim-Klein-Spiegel wegen Beteiligung am Rapp-Buß. Beide Angeklagte sind des Verbrechens des Hochverrats (§ 81 St. G. B.), und zwar als Mittäter, beschuldigt. Sie sollen im März 1920 gemeinschaftlich unter sich und im Verein mit dem Generallandwirtschaftsdirektor Dr. Rapp, dem General-Lüttich und anderen es unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig zu ändern. Die Amnestieverordnung vom 4. August 1920 ist für beide nicht zur Anwendung gekommen, weil sowohl v. Jagow wie Freiherr v. Wangenheim als Führer des Rapp-Unternehmens betrachtet werden.

Die Anklageschrift, die 160 Seiten umfaßt, geht sehr ausführlich auf die Entstehungsgeschichte des Militärputsches ein, dessen Anfänge sie in der

Bewegung unter den in Ostpreußen stehenden Truppen

erklärt, die zu der Zeit, als es sich um die Unterzeichnung des Friedensvertrages handelte, zur Rettung Danzigs ein Vorgehen gegen Polen geplant hatten. Schon damals habe General-Landwirtschaftsdir. Dr. Rapp sich mit militärischen Stellen Ostpreußens in Verbindung gesetzt, um sie für ein Unternehmen zu gewinnen, das nach der Behauptung der Beteiligten als „reimationale äußere Abwehr“, nicht aber als innerpolitische Aktion gedacht war. Eine weitere Entschuldigungsursache des Militärputsches erblickt die Anklageschrift in den Bewegungen, die sich im Heer gegenüber der Forderung der Entente auf Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ und ferner zur Niederschlagung einer eventuellen Bolschewisten-gefahr geltend gemacht hatten. Die stärkste Stütze aber sei in militärischen Kreisen eingetreten, als die Herabsetzung der Heeresstärke von den Alliierten verlangt wurde und viele Offiziere und Mannschaften sich vor der Gefahr des Brotloswerdens bedroht gesehen hätten. Diese Bewegung habe sich am stärksten bei den in Döberitz liegenden Formationen der Brigade Ehrhardt bemerkbar gemacht. Der Befehl der Reichsregierung gegen Rapp, General-Lüttich und Hauptmann Rapp habe diese Truppen dann zum vorzeitigen Losziehen

veranlaßt. Die Anklageschrift geht dann weiter auf die bekannten Vorgänge des 13. März 1920, auf die Flucht der Reichsregierung und die Konstituierung der Rapp-Regierung ein, in der Herr v. Jagow den Posten des Innenministers bekleidete, während Freiherr v. Wangenheim, der in wirtschaftlicher Hinsicht tätig war, von Rapp zum Landwirtschaftsminister ausersehen war, ohne aber eine Ernennung je erhalten oder diesen Posten bekleidet zu haben.

Von der bayerischen Reaktion.

Es zuzer Grund zu nationalsozialistischer Demonstration.

München, 19. Oktober. (Drahtbericht.)

Der Tod des ehemaligen Königs hat, wie zu erwarten war, die Hauptstadt Bayerns in ein Trauerleid gehüllt. Die Auslagen der Beerdigung waren alle mit ungestörter Königschütze gesäumt. Die öffentlichen und ein Teil der privaten Gebäude haben Trauerfahnen gehißt. Die Zeitungen, vor allem die Staatszeitungen, erschienen, wie zu Zeiten der Monarchie, mit schwarzen Trauerbändern. Die bürgerliche Presse erblickt in tiefem Mitleid mit dem verstorbenen Monarchen, dessen Tod sie bereitwillig auf das Konto der Revolution setzt. So schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Es ist kein Geheimnis, daß dem König die traurigen Novemberereignisse, die sich gerade zu einer Zeit abspielten, als die Königin an ihrem Herzen leiden besonders schwer erkrankt war, schwer getroffen wurde.“ Der Direktor der Münchener Universitätsbibliothek in einem Leitartikel der „Münchener Zeitung“: „Die Krone ist zerfallen, der bayerische Staat in seiner tausendjährigen alten Art erschüttert, die Rechte der deutschen Fürsten zu Boden geworfen, die Macht zerbrochen, der Wohlstand der blühenden bayerischen Länder zerstört. Es wird immer ein schmerzlicher Wahn sein in der bayerischen Geschichte zu bleiben, als der alte König mit seiner schwertrauen Frau

in jener Novembernacht stehen mußte, von rohen jungen Soldaten verhöhnt, nirgends eine Stätte, wo er sein Haupt zur Ruhe legen konnte.“

Man rüstet in München, die Leichenfeier mit großem Pomp zu begehen. Die Leichen des Königs und der Königin werden Ende nächster Woche in der Frauenkirche beigelegt werden. Es wird gemeldet, daß die Maßnahmen für die Überführung der Leichen bereits von der Staatsregierung unter Leitung des Ministeriums des Innern eingeleitet worden sind.

Eine merkwürdige Auffassung über den Vollzug der Reichsgesetze herrscht in der bayerischen Beamtenenschaft. So hat das Bescheidgericht beim Landgericht kürzlich das Verbot des „Münchener Anzeigers“ unter Ueberführung der Kosten auf die Staatskasse als ungerechtfertigt erkannt, mit dem Hinweis, daß die Angriffe des Blattes auf den Reichskanzler, die zu dem übereilten Verbot geführt hätten, keineswegs seine amtliche Tätigkeit betreffen haben und nicht geeignet wären, den Reichskanzler in einer dem Frieden des Reiches gefährlichen Weise verächtlich zu machen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben hierzu: „Eine verfehlte Verordnung zum Schutze von Persönlichkeiten, die zu schwach sind, um sich selbst zu helfen, war das Schicksal aller Sonder- und Ausnahmegebiete. Sie würden am besten wieder aufgehoben, da ihre praktische Durchführung meistens die Fähigkeiten der vollziehenden Stellen (!) übersteigt.“

Verdienste der Hohenzollern.

VII.

Als sich Wilhelm von Amerongen aus nach einem eigenen Herrenhof umschau, war er zwar nicht allzu sehr mit Gulden beglückt, es gelang ihm aber doch, das Haus Doorn mit 260 Morgen Park und Wiesen für 1 350 000 Gulden zu kaufen. Er besorgte sich das dazu nötige Geld aus seinem deutschen Vermögen. Damals benötigte er dafür etwa den dreifachen Betrag in Mark, also rund 4 Millionen. Heute kostet der holländische Gulden — 59 Mark. Demnach hat Wilhelm von Doorn unter deutschem Gesichtspunkt betrachtet, klug gehandelt, wie es nur ein geschickter Kaufmann tun kann. Er führte deutsche Werte aus, als sie noch hoch standen und verwandelte sie in ausländischen Besitz. So ist Doorn heute etwa achtzig Millionen Mark wert! Beachtenswert ist dabei, daß Wilhelm von Doorn das ihm nach Holland zugeflossene Geld bis heute auch noch nicht veräußert hat. Einmal bedeutet das für den deutschen Steuerfiskus einen Verlust an laufender Kapitalertrags- und Einkommenssteuer. Dann ist es aber auch ein Verlust für die Reichsnotopfer-Entwürfe. Auch nach dieser Seite handelte Wilhelm klug, als er sich insgesamt bisher rund siebzig Millionen Mark in Wertpapieren und Gold hinüberholte. Für diese Beträge kommt er steuerlich ebenso gut weg wie für das Geld, das er zum Hauskauf benötigte, wenn ihm nicht noch ordnungsgemäß Steuern abgezinkt werden. Er wird demnach nicht Margarine zu essen brauchen.

Man sieht, Wilhelm von Doorn hat auch heute noch seine Verdienste. Auch sie hat das deutsche Volk zu bezahlen.

Orgeschwülhereien in Ostpreußen.

Die „Königsberger Volkszeitung“ veröffentlicht den nachfolgenden Aufruf, der nicht nur für die Parteigenossen Ostpreußens, sondern der ganzen Republik von Interesse ist, gewährt er doch einen tiefen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Dinge, die sich infolge des provokatorischen Verhaltens der Orgel von Tag zu Tag aufziehen und sich nachgerade zu einer Gefahr für die Sicherheit der Republik zu entwickeln drohen. Der Aufruf lautet:

An alle Republikaner der Provinz Ostpreußen!

Arbeiter, Parteigenossen, Republikaner!

Die Stunde ist gekommen, wo ein weiteres Vertuschen der ostpreussischen Zustände in bezug auf die Orgel ein Verbrechen an der Republik bedeuten würde. Nachdem die Entente erneut Waffen beschlagnahmen mußte, besteht die Gefahr neuer Zwangsmaßnahmen. Wir wollen aber den Friedensvertrag loyal erfüllen, damit wir, auf unser gutes Recht gestützt, zur Wenderung des Schandvertrages gelangen.

Nur auf diese Weise ist es möglich, der völligen Zusammenbruch der deutschen Republik zu verhindern und diese gegen den Ansturm der Monarchisten sicherzustellen.

Die Orgel wird jetzt in ganz Ostpreußen eine fiebrige Tätigkeit entfalten, um ihre Waffen in sichere Verstecke zu schaffen.

Jeder, der jetzt zur Republik steht, muß in diesen Tagen die Augen offen halten und jeden verdächtigen Wagentransport anhalten, um ein weiteres Verschleppen der Waffen zu verhindern.

Jede Meldung über Waffenfunde, angehaltene Transporte und dergleichen muß sofort an die zuständige Behörde (Landratsamt oder Schupo) und zur Kontrolle auch an die Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei Königsberg, Gewerkschaftshaus, gegeben werden.

Für die Republik!

Gegen die monarchistische Orgelschwärze!

Der Aufruf beweist die Größe der Gefahr, in der sich die Republik befindet, können doch jeden Tag Verhältnisse eintreten, die in Ostpreußen einen Brandherd entzünden, der sich nur allzu bald über das ganze Reich erstrecken könnte. Gerade in der letzten Zeit häuften sich die Meldungen, wonach die Schikanen von Personen, deren Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien bekannt ist, besonders großen Umfang annahmen. Man wird den Landratsämtern, die zum großen Teil noch immer mit Vertretern des alten Regimes besetzt sind, bei der Bekämpfung der monarchistischen Untertriebe nicht immer besonderes Vertrauen schenken können, so daß die Kontrolle durch die sozialdemokratische Partei und durch die künftige Fühlungsnahme mit der Arbeiterkraft eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Der Aufruf unserer ostpreussischen Parteigenossen ist um so bemerkenswerter, als anfänglich eine gewisse Zurückhaltung beobachtet wurde, die erst den Verlauf der Dinge erkennen wollte. Die Entwidlung hat jedoch jetzt Formen angenommen, denen unbedingt durch ein rechtzeitiges Eingreifen der republikanischen Parteien Einhalt geboten werden muß. Wir können es uns nicht leisten, in einem Augenblick, in dem wir unter einer schweren außen- und innenpolitischen Krise stehen, noch außerdem eine Bedrohung von Innen her zu ertragen, die bei den Rücksichtslosigkeiten und den Agitationsmethoden der Deutschnationalen eine neue Gefahr bedeuten müßten.

Der Ausverkauf im Saargebiet.

Saarbrücken, 19. Oktober.

Der Ausverkauf des Saargebiets hat in den letzten Wochen wieder ganz bedeutend zugenommen. Seit einigen Wochen ist das Saargebiet und besonders Saarbrücken von Fremden förmlich überschwemmt, die mit ihren kaufkräftigen Zahlungsmitteln die Preise auf eine ungerechtfertigte Höhe hinauf-treiben.

Die Terrorkompagnie.

Reaktionäre Sehnsucht nach Vaterneppfählen.

M i n n e n, 18. Oktober.

Unser Tiroler Parteiorgan, die „Innsbrucker Volkszeitung“, veröffentlicht folgende Einzelheiten über eine Terrorkompagnie, die sich an den vorbereiteten Putschplänen beteiligen sollte:

„Diese Terrorkompagnie besteht nur aus früheren Offizieren, die vorzüglich bewaffnet sind. Sie hatte Anweisung, weder Menschenleben noch Sachgüter zu schonen. Gezauer bezeichnete Republikaner sollen an den Straßenlaternen angeknüpft und zur Einschüchterung der Bevölkerung hängen gelassen werden. Bis an die Zähne bewaffnete und mit Handgranaten ausgerüstete Offizierspatrouillen haben den Auftrag, mit schonungsloser Gewalt jede Menschenansammlung zu versprengen. Einer der Verschwörer, ein ehemaliger Rittmeister und jetziger Gendarmereisowar der Republik, äußerte sich über die Aufgaben der Formation folgendermaßen:

Einige hundert aufhängen, einige hundert tötlichen, dann wird sich die Kanaille von einem Volk lösen. Eisenbahner, Postbedienstete, Beamte, die sich widerstandlos fügen, sollen an der Arbeitsstätte erschossen werden. Die Leichen bleiben zur Abschreckung liegen.“

Die Novemberrevolution von 1918 hat keinem Reaktionär ein Haar gekrümmt. Die Arbeiterschaft hat keinen ihrer bisherigen Unterdrücker an die Laterne gehängt. Wir sind heute noch stolz darauf, daß die Arbeiterbevölkerung diese ruhige und menschliche Gesinnung bewiesen hat.

Für die weltliche Schule!

Anlässlich der kürzlich abgehaltenen Bundestagung des Deutschen Freidenkerbundes in Hannover wurde über die weltliche Schule eine längere Resolution angenommen, der wir Nachstehendes entnehmen:

1. Der große Gedanke der Volkseinkheitsschule fordert vom Staate ebensosehr die prinzipielle Abschaffung der getrennten Ständeschulen, wie der getrennten Konfessions- und Weltanschauungsschulen.

2. Da die Schulen indes nicht bloß mechanisches Erlernen und Wissen einer bestimmten Stoffmasse, sondern organische Erziehung, Geistes- und Charakterbildung zum Ziele hat, so kann sie ihre höchsten Aufgaben ohne jene einheitliche Weltanschauungsrichtung nicht erfüllen.

3. Bei der mangelnden Weltanschauungseinheit, bei der tatsächlich gegebenen Trennung des deutschen Volkes in sehr verschiedene Weltanschauungsrichtungen und bei der hohen Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Erziehungsleben erwacht für die staatliche Volkseinkheitsschule ein Konflikt der Ideen und Verhältnisse, der nur annähernd und allmählich gelöst werden kann.

4. Ein Nothelfer der Zeit, der an vielen Orten schon geschichtliche Grundlagen gefunden hat, ist die Simultanerziehung, welche die Kinder jeglichen Glaubens gemeinsam unterrichtet, außer in der Religion. Wo diese Schulart Wurzel geschlagen hat, ist sie dahin auszubauen, daß der Staat den in ihren Rahmen fakultativ mit vorkommenden weltlichen modernen Religions- und Moralunterricht genau so bereitwillig unterstützt, wie den konfessionellen Religionsunterricht, d. h. für Lehrerausbildung und Lehrerbereitstellung, für Beschaffung von Lehrstoff weltlich-religiösen und weltlich-sittlichen Charakters tatkräftig sorgen hilft. Von der freigeistigen Elternschaft ist zu verlangen, daß sie für die Kinder den konfessionellen Religionsunterricht nicht nur behördlichserfordern, sondern selbsttätig mit aller Kraft fördert, z. B. durch Anschluß an freireligiöse Gemeinden.

5. Ueberall, wo ein konfessionelles Schulwesen vorherrscht, ist von der freigeistigen Elternschaft in bitterer Notwehr gegen die geistige Verknechtung der kommenden Generation mit äußerster Energie die Errichtung weltlicher Schulen zu betreiben und sind allem voran die Kinder sofort vom konfessionellen Religionsunterricht abzumelden.

6. Die weltliche Schule soll zur möglichsten Annäherung an das Ideal einer alle umfassenden Volkseinkheitsschule keine Weltanschauungsschule im engen Wortsinne, keine demagogische Parteischule für alle möglichen religiös-philosophisch-politischen Sonderrichtungen sein. Da aber der Begriff des „Weltlichen“ selbst sich gegen das „Ueberweltliche“ abgrenzt und da die weltliche Erziehung die natürliche Bildungs- und Entwicklungsfähigkeit des Menschen voraussetzt, entgegen der Lehre von seiner ständigen Verderbtheit und fälligen Ohnmacht, so steht sie auf dem allgemeinen Boden der natürlichen Weltanschauung, der natürlichen Entwicklungstheorie, der natürlichen Sittlichkeit. Damit bietet sie ihrem Wesen nach bei umfassendster Weitherzigkeit und Neutralität im Einzelnen dennoch auch die unentbehrliche Richtungsgrundlage im Großen zu einer geist- und charakterbildenden Persönlichkeitserziehung und lebendig-sozialen Gesinnung für eine weltliche Diesseitsmoral und Diesseitsreligion. Je nach individueller Eigenart der Lehrenden und Lernenden „religionslos“ wird die weltliche Schule schon um deswillen nicht sein, weil sie die Religion als menschheitsgeschichtliche Erscheinung dem Kinde verständlich und nutzbar machen muß. Vom Staat ist wiederum die Mithilfe zum Ausbau der weltlichen Schule, des weltlichen Moral- und Religionsunterrichtes genau in dem Maße zu fordern, wie er noch ein konfessionelles Schulwesen unterhält. Bei völliger Gleichberechtigung und freiem Wettbewerb mügen die verschiedenen Schularten beweisen, welche derselben in Zukunft sich die Mehrheit des deutschen Volkes gewinnen wird.

Kartoffelwucherer.

Zu den Gebieten Deutschlands, wo der Kartoffelwucherer am üppigsten blüht, gehört die Rheinprovinz. Die Besatzung mit ihren hohen, jeden Preis zahlenden Ansprüchen und die nahe Grenze, die das Verschieben ins Ausland erleichtert, tragen zu ungeheuerlichen Mißständen in der Kartoffelversorgung wesentlich bei. Anklagen der Verbraucherorganisationen und der sozialdemokratischen Presse wurden als Uebertreibungen abzutun versucht. Nun veröffentlicht das Blatt des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, „Der Deutsche“, eine Zuschrift aus dem Rheinlande, die den christlichen rheinischen Bauern in großen Klagen ihre Wucherjüden an den Kopf wirft. Der Artikel zählt auf, wie der Vorsitzende des rheinischen Bauernvereins, Freiherr von Loe, und andere Bauernführer den Bauern gepredigt haben, ihren armen Volksgenossen in christlicher Nächstenliebe tatkräftig zu helfen. Aber: Man predigt tauben Ohren. Weder die autoritativen Mahnungen der selbstgewählten Führer, noch die Einwirkungen der

Herren Bürgermeister, weder die Bitten der armen Volksgenossen, noch der Appell an die große politische Verantwortung und an die Standesehre haben den erhofften Erfolg gehabt. Es scheint, daß der von dem genannten Bauernführer als Wurzel alles Unglücks und Verderbens gekennzeichnete Mammongeist stärker ist, als alle christlichen, bürgerlichen und standesgemässen Tugenden. Tatsache ist, daß der Preis für die Kartoffeln nicht nach der durch die erhöhten Brotpreise schon stark angepannten Leistungsfähigkeit der Verbraucher, sondern nach dem Gewinninteresse der Erzeuger bemessen wird. . . . Einheimische müssen zusehen, wie die ihnen zugesagten und bei der mangelhaften Ernte mit erhöhtem Rechte zustehenden Kartoffeln ihnen entzogen werden. . . . Von Rücksichtnahme auf kinderreiche Familien, auf Kriegsbefähigte und Altersrentner ist kaum etwas zu spüren. . . . Moralische Einwirkungen und organisatorische Mahnungen zur Einsicht und Vernunft, sind wirkungslos.

Das Blatt Stegerwalds ist endlich zu der Einsicht gekommen, das die Aufhebung der Zwangswirtschaft ohne Gegenmaßnahmen zu einer Preisdiktatur durch die Erzeuger und zur Rücksichtslosigkeit gegen die armen Volksgenossen geführt hat. Genau das, was die Sozialdemokratie in den Parlamenten und in der Presse voraussetzte, ehe das Zentrum mit dem übrigen bürgerlichen Parteien der Landwirtschaft Wucherfreiheit gab. Der „Deutsche“ wütet nun gegen die christlichen Wucherer: „Wer in der schweren Zeit des Vaterlandes bemüht beiträgt zum gährenden Groll und zur steigenden Verbitterung, wer die Gegensätze verschärft und der Schicksalsgemeinschaft mit den anderen Volksgenossen Hohn spricht, verdient, daß er geächtet und geächtet wird.“ Das Zentrumslblatt verlangt, daß die Wucherer aus den landwirtschaftlichen Organisationen ausgeschlossen werden. Wir fürchten, dann bleibt von dieser Organisation nichts mehr übrig.

Das Rätsel von Genf.

Kommende Aufgaben der deutschen Politik.

Die Entscheidung über Oberschlesien ist noch immer nicht in ihrem Wortlaut veröffentlicht. Wohl kennen wir aus der französischen und der englischen Presse den ungefähren Verlauf der neuen Grenze und ebenso die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die neue Teilung erfolgen soll. Aber über wichtige Einzelheiten fehlt noch die nötige Klarheit, und vollkommen im Dunkeln liegt noch die überaus wichtige Frage, in welcher Weise die territoriale Entscheidung mit den wirtschaftlichen Bedingungen in Verbindung gebracht werden soll.

Hier stehen offenbar im Ententelager zwei Meinungen einander gegenüber. Die eine geht dahin, daß die gefällte Entscheidung nur in bezug auf die Grenzführung bindend des Rechtscharakter, während die wirtschaftlichen Bedingungen nur als eine Empfehlung gemeint sein sollten, über die sich Deutschland und Polen miteinander zu verständigen haben. Die andere betrachtet die ganze Entscheidung als ein untrennbares Ganzes, da die politische Scheidung ohne die gleichzeitig angeordnete Erhaltung der wirtschaftlichen Zusammenhänge eine Unmöglichkeit sei.

Siegt die erste Meinung, dann werden zwischen Deutschland und Polen Verhandlungen notwendig, die eine Fortsetzung des Kampfes um die Macht darstellen werden. Beide Gegner hätten dann starke Trümper in der Hand. Polen würde auf seine neu erworbenen Souveränitätsrechte pochen, die ihm gestatten, mit der Bevölkerung und den Wirtschaftsgütern des Landes beinahe willkürlich zu verfahren. Die Stärke der deutschen Stellung würde aber darauf beruhen, daß Polen ohne wirtschaftliche Zugeständnisse Deutschlands, vor allem ohne Befassung der deutschen Währungszone im Lande, in die allerschwerigste Lage geriete. Es ist fraglich, ob bei dieser Verteilung des Kräfteverhältnisses eine freiwillige Vereinbarung zwischen den beiden Staaten möglich ist oder ob nicht zur Schlichtung des Streits ein neuer Machtspruch der Entente notwendig wäre.

Hier tritt aber die Schwierigkeit ein, daß der Entente zur Fällung einer solchen neuen Entscheidung die Rechtsgrundlage fehlt. Nach dem Dokument von Versailles haben die interalliierten Truppen binnen Monatsfrist nach Verkleidung der neuen Grenze das Land zu verlassen, Deutschland und Polen übernehmen die politische Macht in den ihnen zuerkannten Gebieten, jeder Einfluß der interalliierten Kommission auf sie hört auf. Uebrig bleiben nur die vertraglich festgesetzten Bestimmungen, die aber zur Ordnung der überaus schwierigen Auseinandersetzung nicht ausreichen. So soll Polen fünfzehn Jahre lang die Bergwerksprodukte des abgetretenen Gebietes frei von Zoll und jeder Beschränkung nach Deutschland hereinlassen, und Deutschland soll diese Produkte unter ebenso günstigen Bedingungen erstehen können, wie Polen. Die wirtschaftliche Entscheidung des Völkerbundes geht aber darüber hinaus, indem sie beiden Seiten Ausfuhrfreiheit auferlegt, also auch Deutschland nicht gestattet, die aus dem polnischen Teil Oberschlesiens kommenden Waren mit Zoll zu belegen.

Nach dem Dokument von Versailles darf Polen das deutsche Eigentum in den abgetretenen Gebieten liquidieren, nach der wirtschaftlichen Entscheidung des Völkerbundes bleibt aber das deutsche Eigentum wenigstens für die nächsten 15 Jahre von jeder Zwangsentziehung frei. Nach dem Friedensvertrag dürfen die deutschen Reichsangehörigen während einer Frist von zwei Jahren für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren, die Entscheidung des Völkerbundes dehnt, wenn die Nachrichten des „Observer“ stimmen, diese Frist auf 15 Jahre aus.

Ueber die wichtige Währungsfrage enthält der Vertrag nicht. Die Entscheidung des Völkerbundes fordert für die nächsten 15 Jahre das Fortbestehen der Mark als gesetzliches Zahlungsmittel, weil das Hinabsinken des Inlandverhältnisses in den Abgrund der polnischen Währungsverhältnisse unfehlbar zur Katastrophe führen müßte. Ein Mittel, Deutschland zur Versorgung des abgetretenen Gebietes mit deutschen Zahlungsmitteln zu zwingen, gibt es aber nach dem Vertrag nicht.

Aus all dem geht hervor, daß mit der Veröffentlichung der Entscheidung der Streit um Oberschlesien keineswegs völlig ausgetragen sein wird. Es wird noch viel zu tun sein, um die deutschen Interessen in Oberschlesien zu schützen. Welche Taktik dabei einzuschlagen sein wird, läßt sich nicht bestimmen; solange die Entscheidung nicht vollständig und wortgetreu vorliegt.

In allgemeinen kann man sagen, daß bei der Entente eine gewisse Meinung besteht, auf die Privatwirtschaft Rücksicht zu nehmen. Bei der Entente besteht ein ausgeprägtes

Verständnis für alle privatwirtschaftlichen Interessen. Die Absicht, den ober-schlesischen Kapitalismus zu vernichten, kann ihr um so weniger zugeschrieben werden, als dieser ober-schlesische Kapitalismus ja längst nicht mehr national, sondern international und mit ententistischen Interessen durchsetzt ist.

Es ist also durchaus möglich, daß mit ihrer Förderung eine Regelung erreicht wird, die für die Privatwirtschaft erträglich ist. Das wäre immerhin ein Gewinn, denn eine Schädigung der ober-schlesischen Industrie kann schon im Interesse der Arbeiter niemand wünschen. Bedenklicher ist, daß die geplante Aufreißung eines „Loches im Osten“ auch dem unläutersten Gewinnstreben Vorschub leistet — aber liegt es nicht im Wesen des Versailler Vertrags, ganz Europa zu einem Dorado der Schieber zu machen?

Am Bedenklichsten aber an dem ganzen Handel ist die furchtbare Schädigung, die der Staat durch ihn erleidet. Der Verlust reicher Gebiete bedeutet einen schweren Ausfall an Steuern, die Befreiung des „Loches im Osten“ vermindert seine Zolleinnahmen und verringert die Möglichkeit, über die Privatwirtschaft Kontrolle zu üben. Die Verpflichtung, deutsches Geld im abgetretenen Gebiet zirkulieren zu lassen, beschleunigt noch weiter den Sturz unserer Mark.

Die Entente kann aber ihre Gläubigeranprüche nicht direkt aus der deutschen Privatwirtschaft befriedigen, sondern nur aus der deutschen Reichskasse. Je schwächer der Arm ist, der sich von dem Strom der privatwirtschaftlichen Erträge nach der Reichskasse abweigt, desto geringer wird die Fähigkeit des Reiches, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Nun sagt der Art. 232 des Friedensvertrages — nachdem Art. 231 den Umfang der finanziellen Verantwortlichkeit Deutschlands festgestellt hat — das folgende:

Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden zu gewährleisten.

Nachdem die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands ziffernmäßig festgelegt wurden, ist noch einmal durch die Entente selbst eine offensibare Verminderung seiner Hilfsmittel bewirkt worden. Deutschland hat alle Ursache, vor der Welt festzustellen, daß aber sein Erfüllungswille unverändert fortbesteht, daß aber seine Erfüllungsfähigkeit durch die Entscheidung über Oberschlesien weiter vermindert worden ist.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich, daß für eine deutsche Regierung jetzt weniger denn je Zeit ist, die Hände in den Schoß zu legen. Eine lebhafteste, geschickte Tätigkeit zur Wahrung der deutschen Interessen ist notwendig und in vieler Beziehung noch immer aussichtsreich. Nur politische Kinder können sich auf den Standpunkt stellen: „Jetzt ist alles aus, die Regierung muß gehen, und was weiter wird, ist gleich!“ Eine Regierungskrise ist in dieser Zeit für Deutschland eine Lebensgefahr, und die Ersetzung der gegenwärtigen Regierung durch eine andere, die das Mißtrauen gegen Deutschland verschärft und neue Konflikte hervorruft, wäre ein nationales Unglück. Dummheit ist ein Luxus, den sich nur der Starke leisten kann, und selbst der nicht ewig, wie die Tragödie des kaiserlichen Deutschland beweist. Wir sind heute schwach und ganz verloren, wenn unser Volk nicht lernt, politisch zu denken und zu handeln! („Vorwärts“.)

Hohe Butterpreise.

Hamburg, 19. Oktober.

In der heute stattgefundenen 21. Auktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein machte sich wieder eine bedeutende Steigerung der Butterpreise bemerkbar. Die Preise bewegten sich von 36 Mk. bis 37,15 Mk. für das Pfund und gegen 32,10 bis 33,20 Mk. das Pfund auf der vorwöchentlichen Auktion. Zu diesen Preisen kommt noch ein Zuschlag von 1 Prozent Kabelleinsgeld. Zufuhren waren knapp, die Kauflust äußerst reg.

Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		18. Okt.	17. Okt.
Amsterdam	100 fl.	5769.10	6518.45
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	1198.80	1323.65
Kristiania	100 Kr.	2257.70	2447.55
Kopenhagen	100 Kr.	3236.70	3646.35
Stockholm	100 Kr.	3976.—	4370.60
Helsingfors	100 Finn. Mk.	269.70	271.70
Rom	100 Lire	659.90	724.25
London	1 £	669.80	744.25
New York	1 Doll.	171.57	180.81
Paris	100 Frs.	1208.75	1323.65
Zürich	100 Frs.	3096.90	—
Madrid	100 Pesetas	2122.85	—
Wien	100 K.	9.78	9.48
Budapest	100 K.	23.22	24.97
Prag	100 K.	175.80	193.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 19. Oktober.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit
Angekommen am 19. Oktober					
S.	Arabia	Gerkunde	Kristiania	7	
S.	Regelack	Schoon	Swinemünde	12	
S.	Steffen	Janßen	Veters	19	
S.	Schütup	Uelßen	See	21	
D.	Gertrud	Lufsdow	Arnis	1	
D.	Delphin	Wiende	Kolding	1	
D.	Cypres	Dantelsen	Kolding	10	
D.	Otto Jppen	Bulle	Stettin	8	
S.	Gertrud	Lucas	Bandholm	10	
S.	Bera	Grundia	Ropenhagen	1	
S.	Anita	Brubn	Fredericia	3	

Angekommen am 20. Oktober.

D.	Ludwig Kolberg	Jörgensen	Gothenborg	4	
D.	Leutonia	Stierpus	Zulea	6	
D.	Heimdahl	Wissen	Kolding	1	
S.	Annemarie	Lorenzen	Stensund	1	
S.	Gjen	Milau	Wismar	1	
S.	Betrea	Rissen	Stensund	2	
S.	Gmielie	Ullis	Ropenhagen	5	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freirecht Lübeck und Feuereisen Hermann Bauer; für Partei und Gemeinwesen August Schulz; für Interakt Heinrich Steinhilber. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Reell und billig!

Rohnessel, Meter 11⁹⁰
 Bettbezüge, farb., 6 Mtr., 108, 99, 96⁰⁰
 Hemdenbarchend, Mtr. 19.50, 15.00, 13⁵⁰
 Schürzenstoffe, 118/120 cm br., Mtr. 22⁵⁰
 Handtuchstoffe, Meter 14.50, 13.50, 12⁵⁰
 Kleiderbarchend, Mtr. 22.—, 19.75, 17²⁵

Schürzen, Wäsche,
 Damen- und Kinder-Strümpfe, Herren-
 Socken äusserst preiswert.
Walter Griephan & Co.
 Lübeck, Huxstr. 74. (7956)

Johann Möllers Fleischquelle Huxstr. 83/85

Von 50 Ochsen, Rindern, Schweinen und Hammeln
 Frisches Kalbfleisch Pfd. 10 M., (7978)
 Frisches Hammelfleisch Pfd. 8-9 M.,
 Ochsen- und Rindfleisch Pfd. 6-6.50 M.,
 Schweinebraten Pfd. 16 M., Schier. u. Gulasch 9 M.,
 Frisch Gehacktes Pfd. 8 M., Karbonade Pfd. 18 M.

Kaufen Sie jetzt

Wir sind billig — Wirklich
 preiswerte Angebote.

1 Posten moderne Damen-Konfektion
 schöne Hüter Mäntel kostbare Röde Blusen
 120.— 220.— 130.— 29.50 36.—
 250.— 350.— 450.— 76.— 75.—

1 Posten Herren-Konfektion, prima Stoffe,
 neue Fassons,
 Lodenjoppen, warm gefüllt, 135, 155, 250.
 Knaben-Anzüge 125.—, 175.—
 Burischen-Anzüge 275.—, 350.—
 1 Post. Gehrockanzüge, schöne Form, 375.—
 Schöne Paletots und Hüter 350, 550, 850
 Gummi- und Lodenmäntel 345.—

1 Posten starke Schaftstiefel 200.— M.
 in allen Größen.
 1 Posten starke Arbeitstiefel 145, 155,
 solange der Vorrat reicht.
 Starke Kinderstief. Hausstiefel, Pantoff.

Ehlers & Reetwisch
 Hoffenstr. 1 St. Bett 2 u. 4.
 Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter
 und jeden Handwerker. (7976)

Schwarz-rot-goldene
Gleifen
 und **Fahnen**
 aller Art liefert zu Fabrikpreisen

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
 Johannisstraße 46.

Heute und morgen
billige Fische
Johs. Willhöft (7980)
 Holstenstr. 21. Telefon 8238.

Visitenkarten
 liefern **Friedr. Meyer & Co., Johannistr. 46.**

Gummi-
Absätze
billig
 50
Huxstraße
 50

Fußboden-
Glanzlacköl
 per Pfund nur Mk. 10.00.
Bohnerwachs
 Ia. Qualität (7969)
Ferd. Kayser

Alle Arbeiter
 kaufen gern und gut
 ihre Arbeitskleidung
 bei (7980)
Otto Albers
 Markt 4 Kohlm. 18
 Mgl. d. R.-Sparn. Lübeck

Der Pupp doktor
 heilt jede kranke Puppe.
 7981 E. Hertel, Huxstr. 74

Möbel
 Herren-Sohle-5044-
 Zimmer, Lübeck
Bohlt's Möbelkaper
 Fischergarh 25/27.

Freitag 1.
ff-Füllfleisch
 fr. geräuch. Mettwurst
 Schinkenwurst u. Gebäck
Fr. Kollmann,
 Reiferstraße 8. (7970)

**Zögern Sie nicht
 mit Ihrem Einkauf!**

Es liegt in Ihrem Interesse,
 von meinem außerordentlich
 vorteilhaften Angebot in

Schuhwaren

Gebrauch zu machen. (7980)

- Dam.-Halbschuhe, Chromleder mit 1 Spange 110.-
- Dam.-Schnürschuhe, Chromleder mit Lack.. 128.-
- Dam.-Halbschuhe, prima Koffchevreauz 155.-
- Eleg. Koffchevreauz-Schuhe, Derby mit Lack 165.-
- Dam.-Lack-Schnürschuhe, eleg. Form 198.-
- Dam.-Stiefel, Chromleder, 3/4 Absatz 158.-
- Dam.-Koffboz-Winterstiefel, starke Verarb. . . 169.-
- Dam.-Stiefel, Kindboz, mit 1/2 hohem Schaft 175.-
- Dam.-Koff-Chev.-Stiefel mit Derby u. Lack 225.-
- Herren-Stiefel, Koff-Chev. mit Lackklappe . . . 195.-
- Eleg. Kindboz-Stiefel mit Derbyschnitt 225.-
- Herren-Stiefel, pa. Koff-Chev., bequeme Form 210.-
- Herren-Schnallenstiefel, pa. Kindboz 265.-
- Herren-Boxlack-Stiefel, Derbyschnitt 278.-
- Prima Koff-Chev.-Stiefel, Rahmenarbeit 285.-

Filzpantoffeln u. Schuhe mit Leder-
 u. Filzsohle, Lederschuhe, Niedertreter
 für Herren, Damen und Kinder in
 allen Größen zu billigsten Preisen.

Hans Struve Lübeck
 Königsstraße 87/89
 Ecke Wahnstraße
 Rendsburg Neumünster Itzehoe

Gewerkschaftshaus

Morgen Freitag: (7982)

Großer Ball.

Damen Eintritt frei.

Großer Herbst-Ball

im Kolosseum
 am Sonnabend, dem 22. Oktober.
 Anfang 7 Uhr. Ende 9
 Damenkarte 3.90 Mk. Herrenkarte 5.20 Mk.
 Son 9 Uhr ab Doppelkapelle.
 (7965) Der Festausschub.

**Zentralverband der
 Zimmerer.**

Zahlsstelle Lübeck und Umgegend. (7968)

Sonntag,
 den 23. Oktober 1921:

**Einladung zum
 37jährigen Stiftungsfest
 im Gewerkschaftshaus.**

Herrenkarte 2.— Mk. und 0.90 Mk. Steuer.
 Damenkarte 2.— Mk. und 0.60 Mk. Steuer.
 Anfang 6 Uhr. Das Komitee.

Luisenlust Morgen
 Freitag **Tanz.**

Eintritt und Tanz frei.
 Jeden Montag:

Gr. Blauer-Montag-Ball

Damen Eintritt frei.

Gedröben,

faberweise, ab eintreffenden Ladungen
 empfiehlt preiswert
Th. Häveker, Beim Ketteich 5-11.
 (7954) Schreyerstr. 486. (7954)

Der rote Frosch



er hier steht,
 ist Garantie
 für Qualität

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder
 Alleinhersteller Werner & Mertz A-G. Mainz (7963)

Athleten-Klub „Atlas“

Box-Abteilung

Arbeiterportler, die sich
 dem Boxsport widmen
 wollen, werden ersucht, sich
 am Dienstag und Freitag,
 abends 7 1/2 Uhr, zu den
 Übungsstunden in der Dom-
 turnhalle einzufinden. (7966)

**Sozialdemokratischer
 Verein Lübeck,
 6. Distrikt.**

Versammlung

am Freitag, dem 21. Oktober
 abends 7 1/2 Uhr.
 bei Klehner, Genierstraße.

Wichtige Tagesordnung.
 Erscheinen Pflicht.

Der Distriktsführer.
 (7908) (W. Wegener.)

8. Distrikt.

Versammlung

der tätigen Genossen
 Freitag abends 7 1/2 Uhr
 im „Sumpkrug“,
 Ziegeleistraße.

B. Lotzow,
 Distriktsführer.
 (7967)

**Mieterclubverein
 Lübeck. G. B.**

**Außerordentliche
 Haupt-Versammlung**

am Freitag, dem 21. Oktober
 abends 7 1/2 Uhr
 in den Zentralhallen,
 Dannewerksgrube.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 3. Quartal.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Vortrag des Herrn Mauer-
 mann: „Der Entwurf
 eines einheitlichen Miet-
 vertrages.“

Mitgliedsbücher vorzeigen.
 Aufnahmen erfolgen vor der
 Versammlung.

**Bezirks-Versammlung
 Burgtor**

am Sonnabend, dem 22. Oktober
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gesellschaftshaus Marli.

Tagesordnung:

1. Mitteilung des Bezirks-
 vorstandes.
2. Bericht vom Verbandstag
3. Ergänzungswahl des
 Vorstandes.

Nach der Versammlung
 gefällige Unterhaltung.
 Die Mitglieder und die
 Mieter in häuslichen Woh-
 nungen werden ersucht, zu
 allen Versammlungen zu
 erscheinen.

Der Vorstand.
 (7928)

**Stockelsdorf
 Sozialdemokrat. Verein**

**Außerordentliche
 Mitglieder-
 Versammlung
 heute,**

am Donnerstag, dem 20. Oktober
 abends 7 1/2 Uhr
 Tagesordnung:
 Aufstellung der Kandidaten
 zum Gemeinderat.
 (7975) Der Vorstand.

Kücknitz.

Dieckelmanns Gasthof.
 Sonnabend, 22. Oktober:

Herbstblumen-Ball.

(7988) Anfang 7 Uhr.

**Theaterverein Freiheit
 von 1906.**

Großer Theater-Abend

am Freitag, d. 21. Oktbr.,
 im Konzerthaus „Flora“.
 Zur Aufführung gelangt:
 Michael,
 wie kauft du mir!
 Schwan in 8 Akten.
 Eintritt Erwachsene 8.— M.,
 Steuer 60 Pf. (7989)
 Kinder 1.50 M., Steuer 30 Pf.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr,
 Anf. 7 1/2 Uhr. Das Komitee.

**HANSA-
 THEATER**

Donnerstag und Freitag
 7 1/2 Uhr abends:

Ihre Hoheit - die Tänzerin

Sonnabend und Sonntag:
 Erstaufführungen

Der Vetter aus Dingsda.

Operette in 3 Akten
 von Eduard Künneke.

Voranzeige.

Montag, den 24. Oktober:
 Einmaliges Gastspiel der
 Hamburger Kammerpiele.

Die Sache mit Cola.

Stadttheater Lübeck.
 Donnerstag, 20. Okt. 7 Uhr.
 Die Braut von Messina.
 10. Ab.-Vorst. Buchst. B.

Freitag, 21. Okt. 6.30 Uhr.
 Die Walküre. (7940)
 10. Ab.-Vorst. Buchst. B.

Sonnabend, 22. Okt. 7.30 U.
 Madame Butterfly.
 5. Vorst. i. Sonnab.-Ab.
 Sonntag, 23. Okt. 2.30 Uhr
 4. Fremden-Vorstellung.
 Das Rheingold.
 Singelfartenverkauf a. d.
 Theaterkasse.
 Sonntag, 23. Okt. 7.30 Uhr
 Margarete (Saus). (7941)

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 20. Oktober.

Wegen Lohnunterschieden ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.

Vertrauliche Briefe.

IV.

Berehrtester!

Ich bin außerordentlich erfreut, daß Sie sich aus den kartenprogramatischen Erklärungen der drei Parteien die Grundlagen zur Einheitsfront nicht zurechtlegen können. Ich bin fast versucht, in Ihrem Zweifel ein Stück jener alten hanfischen Schwereköpfigkeit zu erblicken, die uns den Ruf als politische Ignoranten einbrachte. Vollkommen unrichtig ist es, aus der Eklapade des Bürgerbundes und des Neuen Haus- und Grundeigentümervereins den Schluß zu ziehen, diese bezwecken nur eine geheime Unterstützung der Sozialdemokratie. Das wäre ebenso töricht wie die Annahme, durch die sehr richtige Behauptung Dr. Pipers auf dem Lübecker Parteitag der Deutschen Volkspartei: „Die Deutschnationalen seien für den Mord an Erzberger mitverantwortlich“, wäre eine Sesselentzerrung der beiden Bruderparteien entstanden. Solche Kleinigkeiten verstimmt man in unseren Reihen um so leichter, wenn Vorteile winken und zugleich ein politischer Gegner gepakt werden kann. Schauen Sie doch richtig, lieber Freund, dann sehen Sie die beiden Außenreiter zwar nicht in unserer Reihe, aber als dazu gehörende Berle. Nehmen Sie die Geschichte doch nicht gleich so tragisch und hören Sie das Urteil von der anderen Seite. Das Leitblatt des Bürgerbundes schrieb vor Jahresfrist:

„Die Demokraten hatten bei den letzten Wahlen manchen geeigneten Kandidaten auf ihrer Liste, den die Deutschnationalen auch gern gewählt hätten, aber sie durften es nicht. Und umgekehrt wird es Demokraten gegeben haben, die bedauerten, daß dieser oder jener Name der deutschnationalen Liste nicht auch auf ihrer Liste stand.“

Also, was wollen Sie mehr! Sind wir Bürger uns fremd geworden oder hätte Herr Schiemann unrecht, als er politischen Bekanntheit forderte? Ist der demokratische Bekanntheit durch die Einheitsliste nicht aufs glänzendste gerechtfertigt? Und wie sagte doch Bürgerbundesführer Dr. Geißler:

„Es handelt sich darum, Männer in die Bürgerschaft zu entsenden, die die Interessen des Grundbesitzes vertreten. Da der Bürgerbund parteilos ist, wird er auch die Beachtung der Hausbesitzer verdienen.“

Es ist deshalb nur logisch, wenn Hauseigentümer eigene Kandidaten aufstellen. Wohin Sie also blicken, gemahren Sie eine Einheitsliste unserer politischen Auffassung und speziellen Interessensvertretung, bei deren richtiger Ausdeutung und Ausdeutung unser Coup gelingen muß. Eben weil sich die vereinigten Parteien über die Klarheit ihres Unterfangens schlüssig waren, haben sie den gemeinsamen doppelwegigen Wettkampf gewonnen. Die Wade zu ebnen, dazu sind wir auserkoren. Greifen Sie herzhafte zu, jammern Sie in allen Seufzertönen über das Elend des Bürgertums, über die Begehrlichkeit und Gefährlichkeit der Massen, über die verunkunte schöne Zeit, wo wir die Gesetze machten, dem Besitz sein Vorrecht sicherten, das Wahlrecht zu unserm Besten änderten, die Roten im Zaume hielten, Arbeitern

und Beamten das Koalitionsrecht unterbanden, Hurra Vittoria schrien, gut aßen und tranken und die Goldflöhe zählten. So soll es wieder werden! Es fragt sich nur, wie bringen wir die Sozialdemokraten um.

Mit Hanfsaatengruß

Lübeck, 19. 10. 21.

Ihr N. N.

Öffentl. Wähler- Versammlung

Heute Donnerstag, 20. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Die Bedeutung der Bürgerschaftswahl für die schaffenden Stände.

Redner: Bürgerschaftsmitglieder

U. Dreger und U. Haut.

Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen der Wählerinnen und Wähler wird erwartet.

Sozialdemokratische Partei

Der Ruhelohngesehentwurf.

Die wichtigsten Bestimmungen des Ruhelohngesehentwurfes für die Lübeckischen Staats- und Gemeindegewerkschaften sind folgende:

§ 1. Der im Dienste des Lübeckischen Staates oder der Stadtgemeinde Lübeck beschäftigte Arbeiter hat im Falle dauernder Erwerbsunfähigkeit oder der Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf Ruhegehalt und im Falle seines Todes auf Hinterbliebenenversorgung. Als dauernd erwerbsunfähig gilt, wer nach amtsärztlichem Gutachten dauernd nicht mehr im Stande ist, seine bisherige Tätigkeit oder eine ihm unter billiger Berücksichtigung dieser Tätigkeit zugewiesene anderweitige Beschäftigung im Lübeckischen Staats- oder Gemeindegewerbe mindestens zu einem Drittel ihres regelmäßigen Umfangs auszuüben. Den Arbeitern sind in diesem Gesetze die Arbeiterinnen gleichgestellt.

§ 2. Einen Anspruch auf Ruhegehalt hat nur ein Arbeiter, der 1. bei seiner Einstellung die für seinen Dienst geforderte Arbeitsfähigkeit besaß; 2. seine ganze Arbeitskraft in den Dienst des Staates oder der Stadtgemeinde Lübeck stellte; 3. durch schriftlichen Vertrag sich zu seinem Dienst verpflichtet hat; 4. nach Vollendung des 25. und vor Vollendung des 65. Lebensjahres mindestens 10 Jahre ununterbrochen im Lübeckischen Staats- oder Gemeindegewerbe beschäftigt gewesen ist; 5. bis zu seiner Verlegung in den Ruhestand die auf Grund der Reichsversicherungsgeetze nach seinem jeweiligen Arbeitsverdienste zu entrichtenden Beiträge bezahlt hat.

§ 3. Der Anspruch auf Ruhegehalt erlischt, wenn ein Arbeiter freiwillig aus seiner Beschäftigung ausscheidet, oder aus einem wichtigen Grunde entlassen wird.

§ 4. Die Höhe des Ruhegeldes ist beweglich. Alljährlich wird für das nächste Rechnungsjahr der für das Ruhegehalt maßgebliche Arbeitsverdienst nach dem während des Kalenderjahres gezahlten Lohn der den Versorgungsberechtigten gleichartigen, im Dienste des Staates oder der Stadtgemeinde Lübeck stehenden Arbeiter neu festgesetzt. Hat ein Arbeiter wegen verminderter Arbeitsfähigkeit dauernd einen geringeren Lohn bezogen, so ist dieser Umstand bei der Festsetzung des Ruhegeldes entsprechend zu berücksichtigen. Das Ruhegehalt beträgt nach vollendetem 10., jedoch vor vollendetem 11. Dienstjahre 20/60 und steigt mit jedem weiter zurückgelegten vollen Dienstjahre um 1/60 und mit jedem weiter zurückgelegten vollen Dienstjahre um 1/120 des nach Absatz 1 festgesetzten Arbeitsverdienstes bis zum Höchstsaße von 45/60 dieses Betrages.

§ 5. § 7 regelt das Witwen- und Waisengeld. Das Witwengeld beträgt 40 v. H. des Ruhegeldes, wird aber nach dem Alter der Witwe berechnet. Das Waisengeld beträgt für jedes Kind, dessen Mutter lebt und Witwengeld bezieht, ein Fünftel des Witwengeldes; für jedes Kind, dessen Mutter nicht mehr lebt oder kein Witwengeld bezieht, zwei Fünftel des Witwengeldes; für jedes Kind einer Arbeiterin, wenn der Vater nicht mehr lebt, 16 v. H. des Ruhegeldes, das die Mutter bezieht.

§ 8. Das Recht auf den Bezug des Ruhegeldes, Witwen- und Waisengeldes ruht: 1. solange der Berechtigte eine die Dauer eines Monats überdauernde Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einer Arbeits- oder Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat er im Inlande Angehörige, die bei seinem Tode Anspruch auf Rente haben würden, so ist ihnen die Rente bis zur Höhe seines Anspruches zu überweisen; 2. solange sich der Berechtigte im Auslande aufhält, und es unterläßt, der zuständigen Behörde seinen Aufenthalt mitzuteilen. Winkt der Berechtigte nach, daß er ohne sein Verschulden die vorgeschriebene Mitteilung unterlassen hat, so lebt insoweit das Recht wieder auf. Wenn die Witwe sich wieder verheiratet, so ruht das Witwengeld während der Dauer der neuen Ehe.

§ 9. § 12. Witwen- und Waisengeld dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des Ruhegeldes übersteigen, das der Verstorbene bezogen hat oder am Todestage zu beziehen Anspruch gehabt hätte. Andernfalls werden das Witwen- und Waisengeld verhältnismäßig gekürzt. Nach dem Ausscheiden eines Witwen- oder Waisengeldberechtigten erhöht sich das Witwen- oder Waisengeld der verbleibenden Berechtigten von dem nächstfolgenden Monat an insoweit, als sie sich noch nicht in vollem Genuß der ihnen gebührenden Beträge befinden.

§ 13. Stehen einem Empfänger von Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld Bezüge auf Grund der Reichsversicherungsgeetze zu, so wird das Ruhe-, Witwen- und Waisengeld um den Betrag solcher Bezüge gekürzt. Dies gilt auch dann, wenn der Versorgungsberechtigte nach Aufforderung die zur Erlangung jener Bezüge erforderlichen Schritte unterläßt. Etwa zurück gezahlte Beträge werden auf spätere Zahlungen angerechnet.

Der Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 24. Oktober, liegt folgende Tagesordnung vor: I. Wahl bürgerlicher Mitglieder mehrerer Verwaltungsbehörden. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Zuschüsse zur Durchführung der produktiven Arbeitsfürsorge. 2. Instandhaltung der Barackenwohnungen auf dem Burgfeld. 3. Erhaltung des Gießels am Hause Hügelstraße 110. 4. Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau der Hafenerwerbungsbahn und des Konstin-

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

28. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Die drei Saubergewaschenen mußten sich zusammenehmen, um die Bestellung des Vaters auszurufen. Der Herr Schulmeister hatte diesem neulich ein schönes Bittgeheuch um Steuernachlaß vorgeschrieben. Das hatte seinen Zweck erreicht. Dies hier war der Dank. Ein Röschchen wurde der Frau Schulmeisterin überreicht, aus dem der angenehme Geruch von Geruchertem längst in die Stube gedrungen. Viele gute Dinge kamen zum Vorschein. Bärbelle fand vor Freude gar nicht die Brille. Die man gerade in guten Augenblicken bei der Hand haben sollte. Wie der Schulmeister meinte. Denn Angenehmes könne man nicht groß und deutlich genug sehen. Endlich fand sich die Brille. Die drei hatten mitgeholfen beim Suchen. Als Belohnung war jedem ein großes Stück Kuchen ausgekehrt worden. Während sie es schmaussten, gab es noch eine hübsche Brillengeschichte als Zugabe. Der Schulmeister erzählte ihnen von dem Ratte, der sein ganzes Leben lang die blaue Blume des Glückes gesucht. Durch Wälder und Täler war er gewandert, auf die höchsten Berge geklettert, neben den längsten Strömen war er suchend einhergeschritten, zu fernsten Inseln war er gerudert. Vergebens. Nirgends hatte er die blaue Blume gefunden. Warum nicht? Er trug bei allem Suchen eine schwarze Brille auf der Nase. Wie konnte er da eine blaue Blume erkennen? Aber eines Tages, er war schon ganz alt geworden und konnte nicht mehr weit wandern, stolperte er so heftig, daß ihm die Brille mit schnellem Ruck von der Nase purzelte. Es war ganz nahe neben seinem Haupte. Da sah er, dicht vor sich, etwas leuchtendes. Es war die blaue Blume, die er zeitlebens vergeblich gesucht. Belebend vor Freude beugte er sich nieder, um sie zu pflücken. Aber nun war es zu spät. Ohne Neben fand er neben der Blume zu Boden. Die weiter leuchtete.

War es die Wespenglocke oder was war es, der Schulmeister erinnerte sich plötzlich an Herrn Anton. Der war gewohnt, ihn um diese Stunde bei sich anrufen zu hören.

Die Kinder waren zufrieden, davonbringen zu können. Ihr Mitleid mit dem Schwarzbrüchigen war rasch verfliegen. Besonders, als noch jeder eine getrocknete Traube mit auf den Weg bekam. Sie mundernten sich nur, daß die beiden Alten so gut wußten, was Keinen Knaben Freude machte.

Der Schulmeister nahm seine schweren Krüdstock. Seit drittem Wein, wie er es nannte, ohne das er nicht gern mehr Treppenstieg. Er fand nichts Beschämendes in dieser Tatsache, wenn man beachtete, daß eine kleine Fliege sechs Beine und obendrein noch ein Flügelpaar zur Verfügung hatte, nur um die Sorgen eines

einzigem Tages zu tragen. Während man von einem Schulmeister verlangte, daß er den ganzen Globus mit samt dem ganzen Katechismus, aller Komplikationsarten des Rechnensystems, der Grammatik und der Orthographie und sogar die ganze verwickelte Weltgeschichte komplett geordnet im Kopfe herumtrage.

Lächelnd trat der Alte bei Herrn Anton ein. In das sumrende Gehäule der Zeit.

Herr Anton bemerkte ihn nicht. Er blickte zum westlichen Fenster hinaus, von wo man die letzten Tagesstrahlen seiner allerhöchsten Prinzipalin an der klaren Dornpappel oben verfolgen konnte. In der Hand hielt er eine neugefertigte Uhr.

Der Schulmeisters Lächeln breitete sich über alle die kleinen Fältchen um Augen, Nase und Mundwinkel. Die nur vom vielen Lächeln entstanden zu sein schienen. Er glaubte, Herr Anton, fleißigstern, mit dem eigenen Uhrwerk in der Hand, nähme Kontrolle ab, mer pünktlicher wäre, er oder die Sonne. Die doch der Grammatik nach, hier im Lande, echt weiblich war.

Er sagte, daß Herr Anton einer Dame nachzuschauen scheine, ohne die nur einmal auch der grimmigste Weiberfeind nicht zu leben vermöge.

Der lange Herr Anton fuhr herum, wie bei einer Rästelart ertappt.

Er beüllte sich zu sagen, daß seine Aufmerksamkeit durchaus nicht Fräulein Biola geollt. Sondern, daß er beobachtet habe, daß sein Bruder Saphir auch den Paletot mit sich genommen. Die zehn Minuten vor und nach Sonnenuntergang wären gefährliche Augenblicke. In jeder Jahreszeit. Besonders aber im Mai.

Der Schulmeister bemerkte nun, daß dort unter am Scheiter Herr Saphir neben Fräulein Biola davonwandelte in Floeten, wiegendem Schritt.

Er antwortete, daß er den ganzen Mai für einen gefährlichen Augenblick halte. Da wehe Tag und Nacht, selbst bei Windstille, ein Lütchen, gegen das Paletots, Pulswärmer und Galoschen so wenig schützten, wie Prinzipien, Pläne und gute Vorsätze.

Herr Anton erwiderte, daß der Herr Schulmeister also wieder bei seinem Lieblingsstern angelangt. Seine Stimme knarrte, aber seine schmalen, klaffen Lippen umstrich ein Lächeln.

Als geschickter Geschäftsmann verstand er es, den andern auch weiter auf Antworten zu bringen, die er zu hören wünschte.

Er sagte, daß es ihm nicht begreiflich, wie der Schulmeister und sein Bärbelle nach kurzer Bekanntschaft einiger Frühlingstage genau gekußt haben konnten, daß sie zeitlebens zueinander passen würden. Von der Gründlichkeit, die man für die Wichtigkeit solcher Dinge beanspruchen sollte, konnte da doch keine Rede sein.

Der Schulmeister lächelte und sagte, daß hier Herr Mögels Weisheit ein Ende gesetzt wäre. Herzen reichten nicht nach gewöhnlicher Zeitmessern. Man konnte sich gestern zum erstenmal gesehen haben und schon heute überzeugt davon sein, nie ohne den andern gelebt zu haben.

Anton nickte.

„So ist das also allgemein üblich,“ sagte er.

Die Ursache der Zufriedenheit, die seine Miener dabei erhellte, schab der Schulmeister der Arbeit zu, an der Herr Anton zu basteln begonnen. Seine Worte sagte er als Frage auf.

Er begann seine Behauptung mit vielen Beispielen aus der Geschichte, Dichtung und Mythologie zu begründen. Mit Genuß und mit der Weisheitsfülle des Alters. Als er aus der Mythologie ein liebes Paar hervorholte, das sich nur durch einer einzigen Wirtwechsel beim aneinander Vorübergehen verbunden gefühlt für Leben und Tod, unterbrach ihn Herr Anton.

Er stellte fest, daß er sich wirklich nicht mehr entsinnen könnte, daß im Nachbarhaus einmal eine Hähne gekußt hätten.

Mit einem Lächeln der Verlegenheit schickte sich der Alte wieder in die Wirklichkeit. Der arme Herr Anton. Er kam nun einmal nicht hinweg über seine nächste Umgebung. Man mußte ihm nichts übel nehmen.

Er sagte höflich, daß die Brüder leicht unliebhamere Nachbarn hätten erhalten können. Zum Beispiel bellende Hunde, kreischende Papageien oder ähnliches. Hünergegader aber gehöre in die Melodie sommerlicher Tage. Heute wie einst.

Damit war er schon wieder im Eins. In jenem Rosenmonat, wo Bärbelle der blumigen Gartenhut getragen und mit einer grünen Giehkante zwischen den blühenden Beeten gegangen. Bis zum Jüngsten Geticht würde er mit verbundenen Augen jenen ersten Kuß von allen Küßen aller Mädchenminder unterscheiden können. Wie pfliffig hatte er Bärbelle zu überreden gewußt. Als er ihr erklärte, daß ihre beider Liebe ewig währen werde. Ein paar Jahre Warten auf Ehe und Versorgung da also wirklich keine Rolle spielten.

Dies alles hatte Anton häufig gehört. Er unterbrach die in viele Seitenwege abbiegende Schilderung. Er fragte, ob ein Kuß stets als zweifellos Beweis ungeheurer Liebe anzusehen wäre?

Der gute Schulmeister konnte bei Herrn Mögels nur Spott hinter solcher Frage vermuten.

Er drohte mit dem Finger und sagte, daß ihn Herr Mögels schon als Kindstopp zu nehmen scheine. Jeder Kuß ein zweifellos Beweis? Er sicherte. Das hiesse kein Haus auf Zuckerschaum bauen. Oder Seifenblasen statt Noderly als Mittagessen auf den Tisch bringen. Ein Kuß wäre nichts. Wenn er auch wiederum alles sein könnte. Ein Kuß konnte die Laune eines Augenblicks sein. So gut wie Anfang und Ende einer Ewigkeit.

Anton horchte auf. Es war ihm ähnlich zumut wie damals, wo er als Junge die Auslegung der zehn Gebote hatte begreifen lernen sollen. Die Arbeit in ferner Hand kloste.

Der Schulmeister bemerkte nichts davon. Versunken in sein Thema, gab er jetzt zu, daß ein Kuß jedenfalls eine frühlige Gelegenheit zu nennen sei. Besonders in den besten Jahren. Nur Prinzipien, Dornen, Garantien und feste Lebensregeln ließen sich schwerlich von ihm ableiten.

(Fortsetzung folgt.)

bahnhofes, 5. Ausbau der Fischmarkanlage auf der Wallhalbinsel, 6. Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau, 7. Bewilligung von Beihilfen an die Witwen Strud und Kreimath, 8. Bauische Veränderungen in den Häusern Dülstraße 69 und Johannstraße 67 für die Unterbringung des II. und III. Jahrganges der Fortbildungsschule für Mädchen, 9. Mittel für den Verein Deutscher Leichale für Besoldung seiner Angestellten, 10. Erlaß eines Ruhelohngesetzes für die Staats- und Gemeindearbeiter, 11. Vertikung der Mittel für die 8. und 6. Kleinfinderschule, 12. Entwurf einer Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, 13. Kartoffelverförmung Minderbemittelter, 14. Heraushebung der Einkommensgrenze für Preisermäßigung beim Gasbezug, 15. Nachbewilligung von Mitteln für die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben.

Ausbau der Fischmarkanlage auf der Wallhalbinsel. Nach dem Bericht der Baubehörde ist ein weiterer Ausbau der Fischmarkanlage auf der Wallhalbinsel dringend nötig. Die Fischverarbeitungs-Gesellschaft „Trave“ beabsichtigt, ihre sieben Dampfer, zu denen im Oktober der achte kommen soll, dauernd auf Lütten fahren zu lassen. Es ist daher damit zu rechnen, daß wöchentlich mehrere Dampfer den Fischmarkt anlaufen werden. Die vorhandenen Fischgeschäfte, welche im alten Güterstuppen untergebracht sind, genügen jetzt nicht mehr, um die großen Mengen frische abzunehmen. Es ist daher ein dringendes Bedürfnis vorhanden, neue Fisch-Großhandlungen anzusetzen. Gelegentlich hierzu bietet sich im alten Güterstuppen. Es lassen sich dort durch Einbau von Zwischenwänden noch fünf Abteile herstellen, so daß noch fünf Fischgeschäfte untergebracht werden könnten. Die Kosten für den Ausbau würden 120 000 Mk. betragen. An Mitteln wird zurzeit für die Abteile in dem alten Güterstuppen 1700 Mk. gezahlt. Die neuen Abteile würden, da sie größer sind, mindestens 12 500 Mk. erbringen. Außerdem ist von den im alten Güterstuppen untergebrachten Fischgeschäften der dringende Wunsch geäußert worden, die Straße zwischen der Versteigerungshalle und dem alten Güterstuppen zu überdachen, da bei großen Massenjängen die Fische nicht in den verhältnismäßig kleinen Verpackungs-Abteilungen verarbeitet werden können. Wird eine Überdachung hergestellt, so kann ein Teil der Fische auf der überdachten Straße verarbeitet und verpackt werden. Außerdem würde es dann auch möglich sein, bei der Versteigerung besonders großer Fänge die überdachte Straße mit zu benutzen. Die Überdachung der Straße und der Einbau einiger Eiseller in die Abteile würden etwa 100 000 Mk. kosten. Für die dadurch gewährten Vorteile haben die Mieter der anliegenden Verpackungsabteilungen sich bereit erklärt, vom 1. April 1923 ab die Miete um je 800 Mk. zu erhöhen, das sind für 18 Abteile 10 400 Mk. jährliche Mehreinnahmen. Der gesamte Ausbau würde nach Kostenüberschlag des Baurats Neufeldt vom 19. September 220 000 Mk. betragen. Demgegenüber würden 22 900 Mk. jährliche Mehreinnahmen fließen, dies ergibt eine Verzinsung des Anlagekapitals von 10 Prozent; es würden also nach einer Verzinsung mit 5 Prozent weitere 5 Prozent zur Unterhaltung und Abschreibung übrig bleiben; dies erscheint ausreichend, da die Anlagen sich auch zu anderen Zwecken gut ausnützen lassen würden, wenn der Fischmarkt an eine andere Stelle verlegt werden sollte. Die Herstellung der Anlage ist, wenn eine Stöckung im Fischmarkt vermieden werden soll, eilrig. Der Senat stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerkammer, daß die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Insandsetzung der Barackenwohnungen auf dem Burgfeld. Von den Mietern der Barackenwohnungen auf dem Burgfeld ist lebhafte Klage über die schlechte Beschaffenheit der Wohnungen geführt worden. Nach Feststellung der Baubehörde sind die Mängel nicht in einer fehlerhaften oder minderwertigen Ausführung zu suchen, sondern in der Beschaffenheit der Gebäude selbst begründet. In der Hauptsache handelt es sich darum, daß die Gebäude den Witterungseinflüssen infolge ihrer Undichtigkeit stark ausgesetzt sind. Die Kosten der zur Abstellung der Mängel erforderlichen Arbeiten betragen 71 000 Mk. Der Senat ist mit der Ausführung der Arbeiten einverstanden. Er beantragt daher, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die „Statistischen Vierteljahrsberichte“ des Statistischen Amtes der freien und Hansestadt Lübeck. Seit 1911 herausgegeben, haben auf Anordnung des Ausschusses für die Vereinfachung der Verwaltung mit Ende des Vorjahres ihr Erscheinen eingestellt. Sie teilen damit das Schicksal einer großen Anzahl gleichartiger Veröffentlichungen in anderen deutschen Städten. Als Ersatz dafür werden jetzt vom Verband deutscher Städtestatistiker „Vierteljahrsberichte deutscher Städte“ herausgegeben, von denen das erste Heft vor kurzem erschienen ist. Ihr Preis stellt sich zurzeit auf 80-100 Mk. im Jahre. Es haben aber nicht alle früher über Lübeck veröffentlichten Zahlen in der neuen Zeitschrift Aufnahme finden können. Das Statistische Amt beabsichtigt deshalb auch in Zukunft noch eigene statistische Vierteljahrsberichte her-

auszugeben, die aber nur einen kleinen Umfang haben werden. Sie enthalten bevölkerungs- und besonders verkehrsstatistische Angaben, Nachweisungen über den Grundstücks-, Hypotheken- und Bauparkt sowie über die Steuerungsverhältnisse. Ihre Herstellung geschieht auf mechanischem Wege. Die einzelne Nummer wird im Statistischen Amt gegen ein Entgelt von 10 Mk. abgegeben.

Den Empfängern von tausenden Militärversorgungsgeldern. „H“ ist mit Wirkung vom 1. August 1921 an bis auf weiteres ein im voraus zu zahlender Versorgungszuschuß bewilligt worden. Der Versorgungszuschuß beträgt monatlich: für jede Witwe 25 Mk., für jede Witwe 15 Mk., für jeden Elternteil 15 Mk. Bei der am 29. Oktober bei der Post für November stattfindenden Zahlung erfolgt auch die Ausbändigung der Beträge für die Monate August bis Oktober. Jede Empfängerin hat bei der Zahlung am 29. Oktober 2 Quittungen vorzulegen und zwar eine für den Novemberbetrag einschließlich des Versorgungszuschusses und eine für den Versorgungszuschuß der Monate August bis Oktober 1921.

Der Schiedsgericht für den Hafenebetrieb vom 12. Oktober über die Novemberlöhne der Hafenarbeiter ist nach dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis der Urabstimmung im ganzen Nordseehafengebiet (einschließlich Lübeck) mit bedeutender Mehrheit von allen Arbeitergruppen angenommen worden. Von 8017 Abstimmenden haben sich 5212 für und 2743 gegen die Annahme des Spruches erklärt, während 82 Stimmen unglücklich waren.

Konkularisches. Dem Generalkonsul der Republik El Salvador, Dr. Victoriano Ruiz Quiros in Hamburg, ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Wegen Betruges stand am Mittwoch der Makler L. vor der Strafkammer. Er hatte Rüge von verschiedenen Gruben aus dem Waldenburgerischen an einige Personen hier verkauft. Die Rüge sollten nach den Anpreisungen des Angeklagten nicht nur gut sein, sondern event. auch noch erheblich im Werte steigen. Trotzdem wurden sie teilweise weit unter dem angegebenen Wert verkauft. Es gab auch Käufer, welche die Papiere wieder veräußerten und so zog die Angelegenheit weitere Kreise. Die Nachforschungen über den Wert der Papiere ergab, daß sie teilweise für fast wertlos, teilweise für geringwertig gehalten wurden. Es waren Rüge von 6 Gruben, von denen einige gar nicht in Betrieb waren, andere hingegen eine geringe Ausbeute zeigten. Die Verhandlungen dauerten 6 Stunden. Es waren 17 Zeugen geladen, darunter einige Galmirte und Makler, die ebenfalls Rüge erworben hatten. Ingesamt hatte L. sich wegen 6 Betrugsfällen zu verantworten. In 4 Fällen erfolgte Freisprechung. Wegen der übrigen beiden Fälle erhielt der Angeklagte 6 Monate Gefängnis und 2000 Mk. Geldstrafe. Der Erste Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis und 15 000 Mk. Geldstrafe beantragt. Die Beschlußfassung über eine bedingte Verurteilung, der der Erste Staatsanwalt widersprach, wurde ausgesetzt, um nähere Erkundigungen über den Angeklagten einzuziehen.

ph. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Oldesloe, der einem Verwandten einen Mantel gestohlen, diesen verkauft und das Geld für sich verwandt hatte. — Festgenommen wurde ferner ein Hypothekar aus Wischeberg, der aus einem Hausflur am Marktplatz ein angeschlossenes Fahrrad gestohlen hatte.

ph. Zwei Fohlen gestohlen. Von einer Koppel der Rixhäuser Feldmark am Forstort Schmiedebusch wurden zwei Fohlen im Werte von zusammen 20 000 Mark gestohlen.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. Freitag abend Flugblätter abholen.

Der Mieterverein hält eine außerordentliche Hauptversammlung morgen Freitag, den 21. d. Mts., in den Zentralhallen in der Dannewitzstraße ab. Auf der Tagesordnung steht die Neuwahl des Vorstandes.

Hansa-Theater. Am Sonnabend, dem 22. Oktober findet die Erstaufführung der Operette „Der Bettler aus Dingsda“ statt. Die nachkommenden Tände sind vom Komponisten Dr. Herkem einstudiert. Am Montag, dem 24. Oktober findet eine Gastspiel der Hamburger Kammeroper in dem Lustspiel „Die Sache mit Lola“ statt.

Angrenzende Gebiete.

Stoßesdorf. Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am heutigen Donnerstag, abends 7½ Uhr bei

D. Diebriechen statt. Da die Aufstellung der Gemeinderats-Mitglieder auf der Tagesordnung steht, ist es Pflicht der Genossen und Genossinnen, zahlreich zu erscheinen. Genossen, Ihr sollt beschließen, wer die Arbeiterinteressen in den nächsten Jahren für Euch in der Gemeinde vertreten soll. Darum erscheint zahlreich.

Schwartau. Ein Bürgerblock wurde für die am 4. Dezember stattfindende Stadtratsneuwahl gegründet. Es wird darauf hingearbeitet, diesen Bund zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auch für die Landesausschüsse bestehen zu lassen. Sollten sich zu diesem Vorhaben kein Einverständnis erzielen lassen, wird jeder Wahlkampf unterlassen. Der Spieler will seine Ruhe haben. Er kann sich diese auch leisten, denn er weiß, daß die blasse Parteifarbe aller Richter und Ruchschritler so oder so seine egoistischen Interessen zum Schaden der Volksgesamtheit vertritt. Um so rühriger werden die Sozialdemokraten aber wirken.

Hamburg. Guier Griffins Nest der Schloßräuber. Seit Jahresfrist trieb eine Schloßräuberbande in Holstein und Mecklenburg ihr Unwesen. Sie mindestens zwanzig Räuber glückten ihr große Einbrüche, bei denen ihr Reichtum in Gold- und Silberfachen, sowie Kunstgegenstände in die Hände fielen. Vereinzelt konnte die Polizei Mitglieder der Bande umschädlich machen; andere räuberter weiter. Nun ist der Hamburger Kriminalpolizei ein großer Fang geglückt. Ein Schlosser S., dessen Bruder und dessen Ehefrau, sowie das Trödel-Gespaar D. Jockuff wurden festgenommen, nachdem ihre Mittäterschaft überzeugend nachgewiesen war. Kriminalisten entdeckten weiter, daß der 48jährige Goldarbeiter Flammig, der in ähnlichen Verhältnissen in der Schlachtersstraße gewohnt hatte, mit der Bande in Verbindung stand. Fl. bewohnte seit einiger Zeit eine Villa in der kleineren Gärtnerstraße in Altona, und verfügte außerdem über bedeutende Mittel. Unversehrt staltete die Kriminalpolizei dem Herrschaftsbefehl einen Besuch ab. Ueberraschende Ergebnisse kamen an den Tag. Eine völlig eingerichtete Goldschmiedewerkstätte bewies zur Genüge, daß Fl. die geraubten Wertgegenstände eingeschmolzen hat. Weitere Funde brachten heraus, daß das Edelmetall an die Hamburger Münze weiterverkauft wurde. Als gewinnbringenden Nebenwerb betrieb Fl. die Spiritusfabrikation. Die Beamten entdeckten eine Geheimdestillation in vollem Betrieb, sowie Rohstoffe und Flaschen mit fertigem Spiritus.

Schleswig. Um der unheimlich anwachsenden Kartoffelknappheit und der drohenden Kartoffelnot entgegenzutreten, ist Landrat Dr. Kracht (Heide) telegraphisch bei dem Regierungspräsidenten vorstellig geworden, damit veranlaßt wird, daß bei der Eisenbahndirektion die Sperrung der Wagen für Kartoffeltransporte außerhalb der Provinz erfolgt. In jedem Ort sind Verkäufer tätig, um die Kartoffeln für jeden Preis anzukaufen und zu versenden.

Flensburg. Forderungen der Eisenbahner. In einer stark besuchten Versammlung haben die Flensburger Eisenbahner folgende Forderungen aufgestellt, deren Bewilligung sie bis zum Donnerstag mittag verlangen: Die Eisenbahner fordern die Nachzahlung einer Pauschale von 400 Mk., die 80 Mk. Grenzzulage für die Zeit vom 1. 6. bis zum 1. 10. entfällt; ab 1. Oktober ist nach Ortsklasse A zu zahlen ohne Rücksicht auf neue Tarifverhandlungen; ab 1. Oktober ist eine Grenzzulage von 8 Mk. täglich zu zahlen. — Die Flensburger Ortsgruppe der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter verlangt die Eingruppierung Flensburgs vom 1. April 1920 in Ortsklasse A und sofortige Auszahlung einer Abschlagszahlung von 1000 Mk., Zahlung einer Grenzzulage von 8 Mk. täglich und Erlaß der Rückzahlung des feinerzeit gewährten Teuerungszuschlages von 25 Proz. für März 1920. Zwischen den Eisenbahnern und der Eisenbahndirektion Altona schweben Verhandlungen.

Schwerin. Hohe Kartoffelpreise. Trotz guten Ausfalls der Kartoffelernte steigen die Preise für Kartoffeln durch Freistreibereien der Händler gewaltig in die Höhe. Privatpersonen müssen für gelbe Sorten schon über 80 Mark für den Zentner Kartoffeln anlegen.

Lüneburg. Großer Feuer Schaden. In der Ortschaft Lanze bei Lüneburg brach ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit 15 Wohnhäuser mit Ställen und Scheunen sowie 32 andere Gebäude in Schutt und Asche legte. Fast die gesamten Ortsvorräte sind ein Raub der Flammen geworden.

Gewerkschaften.

Ein Streik im Delsbiter Grubenrevier ist infolge des Beschlusses der Belegschaft ausgebrochen, mit Unorganisierten nicht mehr zusammen zu arbeiten.

Der Achtstundentag für die Eisenbahner ist nach einem im spanischen Amtsblatt veröffentlichten Erlaß in Spanien eingeführt.

Das Lurusauto.

Vor einem exquisiten Zwieselgeschäft steht ein Lurusauto. Es ist die schönste Limousine die je mit 120 Pferdestärken durchs Land gefahren ist. Um den Wagen ist es schwarz von Leuten, die in sein Inneres starren. Gobelinspolster, geschliffene Scheiben, ein Kissen zum Niederklappen, verschiedene Beschäftigungen zum Heranziehen, der Boden mit bestem Perler belegt, die Wände mit Seidengobelin ausgehängt, Klavier und ein herrliches Musikinstrument in einem an der Wand befestigten Kabinett.

Das Volksgemüt gerät in Wallung. Noch kann es schweigen. Wer in seinem Innern arbeitet es. Die Augen mancher Leute sind ganz hoffnungslos trübe und verfliehet, und um ihren Mund herum bläht sich Resignation: „Da ist nicht zu machen, wir sind und bleiben arme Lüder.“ Weiter geht ihr Sinn nicht. Sie fragen nicht, warum, und nicht, ob es so sein muß in alle Ewigkeit. Sie wissen nur, wir sind arme Lüder. Ein tiefes, großes Schweigen verhängt jede weitere Regung.

Gleich einem Tropfen Essig in Wasser. Noch kann es schweigen. Wer in seinem Innern arbeitet es. Die Augen mancher Leute sind ganz hoffnungslos trübe und verfliehet, und um ihren Mund herum bläht sich Resignation: „Da ist nicht zu machen, wir sind und bleiben arme Lüder.“ Weiter geht ihr Sinn nicht. Sie fragen nicht, warum, und nicht, ob es so sein muß in alle Ewigkeit. Sie wissen nur, wir sind arme Lüder. Ein tiefes, großes Schweigen verhängt jede weitere Regung.

Ein stilliges Mädchen mit einer ziemlich deutlich ausgeprägten Vergangenheit bekommt einen hysterischen Anfall. In zerknirschtem Maße wagt sie einen Wagen zu fahren, freudig ist sie. Das Volt hundert, und die „vollgeleiteten Wägen“ fahren in solchen Autos rum. Hui Deibel! Keine Hand rührt sich. Einige murmelnd jagt sie fort.

Ein etwas komponierter Herr mit dunklem Badenbart, Brille und Schlafhütchen ergreift das Wort: „Werte zu gehören ist absolut unmöglich. Wir müssen uns vielmehr die Frage vorlegen, ob bei der heutigen Wirtschaftslage Gewinne, die zur Anbahnung eines solchen Wagens gehören, gerechtfertigt sind. Und da kommt es allerdings zu dem Ergebnis: Kein Wirtschaftswert kann heute solche Ueberhöflichkeit erzielen, ohne daß sie produktiver Arbeit und Anwendung entzogen werden. Würde der Besitzer auf den luxuriösen Wagen und den ganzen Lebensgenuss, der dazu gehört, verzichtet, dann könnte er den Produktionswert, den er solchen Unternehmern gewährt, verbilligen. Somit hat sich der Reize dieses Auto auf Kosten der Allgemeinheit angehängt.“

Nach diesem Exkurs bohrte sich der Redner einen Weg durch die Menge und verschwand.

Ein Gemurmel blieb zurück, das unzufrieden klang. Das hysterische Mädchen seufzte teils gegen das Auto, teils gegen den Schlaghieb. Einige dachten darüber nach, ob der Reizgewinn des Autosbesizers aus ihren teuer bezahlten Schuhen, dem Kleiderstoff oder dem Bijou Wert herrühre.

Da öffnete sich die Tür des Zwieselgeschäfts; der Inhaber macht ein tiefes Kompliment hinter einer jungen sehr schönen Dame und einem vornehmen Herrn. Die Leute bildeten vor dem Paar eine krumme Kasse. Dem hysterischen Mädchen mit den zettigen Schminkefingern klappt mit hörbarem Geräusch der Mund auf. Der junge Mann präsidiert sich die Haltung des nicht viel älteren Herrn. Ein anderer schmalzt mit der Zunge. Die mit dem hoffnungslosen, trüben Blick denken: Wir sind arme Lüder in Ewigkeit, Amen. Der Chauffeur turzelt an. Jetzt drängt sich wieder alles an den Wagen und starrt mit einem letzten Blick auf das Paar in seiner Herrlichkeit. Das emeritierte Mädchen bemerkt breit und mit Genugtuung: „Aber verheiratet ist ja doch nicht.“

Dann gleitet das Auto lautlos fort. S. K.

Ein Markttag in Wien.

Der unaufhaltsame Sturz der Mark führt uns den Verhältnissen in Deutschösterreich immer näher. Wie es mit den Preisen dort infolge der Entwertung der österreichischen Krone aussieht, zeigt eine Skizze der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ über einen Markttag in Wien. Bemerkenswert sei, daß eine Krone im Frieden gleich 80 Fig. war.

Auf dem Markte in Wien ist so ziemlich alles zu haben, was die Jahreszeit beizert. Dennoch sieht man die Frauen unglücklich und ratlos vor den Ständen verharren, steht sie in stiller Verzweiflung von einem der fliegenden Laden zum andern über. Eine Mensch, die immer wieder von neuem vom Wohlleben der Arbeiterzeit zu erzählen wissen, sollten einmal einen Markt in einem Proletarierviertel aufsuchen. Sie würden, wenn sie nicht böswillig sind, vielleicht über die „Praxerei“ im Arbeiterhaushalt doch anders denken lernen.

Da überlegt eine junge, blonde Frau mit glatte gestrichenem Haar vor einem Gemüsestand. „Was soll ich nur nehmen?“ fragt sie verzweifelt. „Kohl kostet fünf und zwanzig Kronen, und mit weniger als vier Haupteln kommen wir nicht aus. Das Kraut ist noch teurer, die Parabeiser (Tomaten) wagt ich um 50 Kronen für eine Sauce nehmen, dann noch Kartoffeln. Und wenn ich Salatsch (Pils) allein noch, wird mir keiner kalt.“

Sie hat Tränen in den Augen und schaut ratlos von einem zum andern. „Kochen S' halt Noperln mit Pomid sauce“, sagt eine Erfahrene, „da hat man doch was.“ — „Aber das braucht so viel Fett und ich hab' fast nichts mehr.“

Rundschaffter berichten, daß es vor einer Stunde beim Stande in der linken Ecke „Hlg“ gegeben hat. Zwar nur „Speckfilz“, aber es beginnt doch eine wilde Jagd in die linke Ecke. Natürlich ist die Nachricht falsch. Erstens hat es dort nie Fett, gegeben, zweitens ist es schon ausverkauft und drittens hat es 1200 Kronen gekostet (das Kilogramm), wie denn höchst bezeichnenderweise das Rohfett jetzt immer teurer ist als das geschmolzene. Wahrscheinlich tragen die Selber den Verlust beim Zerfallen aus gutem Herzen selbst.

Die enttäuschten Frauen suchen weiter. Eier gibt es, so viel man will, aber das Stück kostet vierzig Kronen; eine bescheidene Eierpeise mit Salat, ein beliebtes Wiener Abendessen dreierlei, kommt also auf einige hundert Kronen zu stehen.

In langen Reihen harret man vor dem Kartoffelstand. Auch kein „Arme-Leute-Essen“ mehr! Acht und vierzig Kronen das Kilogramm! Aber „man weiß doch, was man hat“.

Bei der Milch weiß man das allerdings nicht. Trotzdem bietet ihr Erscheinen die Sensation des Tages. Mehrmals in der Woche erscheint gegen 9 Uhr nämlich ein kleiner Wagen, von dem eine große Kanne abgeladen wird. In dieser Kanne ist Milch. Niemand konnte bisher ergründen, ob Ziegen-, Kuh- oder Eselmilch. Sie ist weiß und erinnert im Geschmack irgendwo von fern an „wirkliche“ Milch. Jedenfalls kauft man sie um 52 Kronen das Liter.

Auch an der Seife kann die Hausfrau nicht ungerührt vorübergehen. Sie ist um 95 Kronen, wie alleis verkauft wird, halb geschenkt, und ein Päckchen Sand das früher vielleicht zwei Heller gekostet hätte, ist jetzt um 6 Kronen eine „Gelegenheit“ ersten Ranges.

Angstvoll sehen die Hausfrauen die schönen, neuen Hundert- und Tausendkronenscheine in ihren Händen schwinden wie Schnee in der Sonne, schlimmer noch rüttelt sie die Angst, wenn sie die Vorräte zusammenzählen sehen. Der Sparfuss und die Hungerjurst kämpfen täglich harte Kämpfe, und wenn sich der Markt leert, dann ziehen Hunderte enttäuschter, gemarterter Frauen heimwärts, von Reue geplagt, von Selbstvorwürfen zerfressen. Warum ich nicht dieses gekauft... morgen wird es teurer sein, warum nicht jenes gekauft... es ist der Preis nicht wert.

So geht es weiter bis zum nächsten Tage. Dann beginnt das Spiel aufs neue, das furchtbare Spiel des Hungers mit der gequälten Kreatur — des Weltkrieges letzte Schlächten.

Und bald werden diese Schlächten in dieser Weise und in diesem Ausmaß auch in Deutschösterreich geschlagen werden. Das letzte Österreich macht schon den Anfang.

Die Gewerkschaften der Welt.

Die Augustnummer der Internationalen Arbeitsgrundschau, der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält einige bemerkenswerte Zahlen, welche die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation seit 1913 anzeigen. Die erwähnte Statistik beruht auf Nachweisungen, welche die Gewerkschaften den Regierungen ihrer Länder machten, oder die in gewerkschaftlichen oder anderen Blättern veröffentlicht wurden, so daß sie durchaus vollständig und verlässlich sind. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in einigen Fällen Schätzungen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften genaugenommen wurden. Alle derartigen Schätzungen sind in der folgenden Tabelle besonders bezeichnet, welche die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften in 30 Länder für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Argentinien	— (1)	476000	750000
Australien	498000	628000	684000
Belgien	200000	715000*	920000
Bulgarien	36000	36000	38000**
Dänemark	152000	360000	401000
Deutschland	4513000	11900000	13000000
Finnland	28000	41000	58000
Frankreich	1027000	2500000	2500000**
Griechenland	— (1)	170000	170000**
Indien	—	560000*	500000
Italien	972000	1800000	3110000
Japan	—	247000	247000**
Kanada	176000	378000	374000
Niederlande	189000	467000	683000**
Neuseeland	72000	89000	83000**
Normwegen	64000	134000	142000
Oesterreich	260000	808000	887000
Polen	— (1)	350000*	347000
Portugal	— (1)	100000	160000**
Rumänien (alt. Geb.)	10000	75000	90000
Rußland	—	3639000	5220000
Serbien	9000	20000	20000**
Südafrika	5000	80000	80000**
Spanien	— (1)	876000	876000
Schweden	136000	384000	400000*
Schweiz	95000	200000*	292000
Tschechoslowakei	— (1)	1801000	2000000
Ungarn	115000*	212000	348000
Verein. König. (Großbrit.-Irld.)	4173000	8024000	8024000**
Verein. Staaten von Amerika	272000	5607000	5179000
Zus. (30 Länder)	16152000	42040000	48029000

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 061 000 oder 80 v. H. auf europäische Länder entfallen. Von den 7 979 000 außereuropäischen Mitgliedern trafen 5 985 000 auf Nordamerika. Man kann auch eine stark ausgeprägte Häufung der Gewerkschaftsmitglieder in gewissen Ländern beobachten; sechs Länder, nämlich Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Frankreich und Italien zählten im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 33 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, während es in den anderen 24 Ländern deren nur 8 1/2 Millionen gab. Die vier großen Industrieländer Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Frankreich weisen zusammen 28 Millionen Mitglieder auf, das sind 66 v. H. der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Der Artikel in der erwähnten Zeitschrift gibt auch einen Überblick der Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen in der Tabelle genannten Ländern; und in den meisten Fällen werden überdies die verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaften beschrieben.

Es geht nicht ohne gewerkschaftliche Disziplin. Der Landesverband der italienischen Landarbeiter — eine der bedeutendsten Gewerkschaften in Italien — hat in der Frage der Gewerkschaftsdisziplin beschlossen: 1. Die einzelnen Organisationen dürfen ohne die Einwilligung des Landesverbandes keine Agitation bezüglich der Löhne und Arbeitsverträge unternehmen. 2. Wenn es sich um eine Propaganda handelt, welche auch für verwandte Berufe von Interesse ist, muß der Landesverband benachrichtigt werden, damit er sich mit den Verbänden dieser Berufe ins Einvernehmen setzen kann. 3. Wenn örtliche Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, dürfen die lokalen Organisationen die Verhandlungen nicht unterbrechen und eine Entscheidung treffen, ohne das Eingreifen und die Billigung des Landesverbandes. — Durch diese Beschlüsse soll die Autonomie der Lokalverbände zugunsten einer einheitlichen Leitung der Bewegung erheblich eingeschränkt werden.

Handarbeiter und Kopfarbeiter. Der japanische Gewerkschaftsbund und besonders der Metallarbeiterverband band beginnt eine Aktion gegen die Rolle der Kopfarbeiter und der sogenannten Intellektuellen in den Gewerkschaften. Die Tätigkeit der letzteren liegt nach Ansicht dieser Verbände nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Dasselben Klagen, die wir

vom Anfang der gewerkschaftlichen Entwicklung her auch in den europäischen Ländern noch in Erinnerung haben. Nun geht aber gerade in den westeuropäischen Ländern die Sache einer großen Wendung entgegen. Es wird immer mehr die Zusammengehörigkeit und das Aufeinanderangewiesensein der Kopf- und Handarbeiter erkannt und betont. Der Internationale Kongress der Bauarbeiter in Innsbruck wünscht eine einheitliche internationale Organisation ins Leben zu rufen, welche alle Hand- und Kopfarbeiter, die im Baugewerbe beschäftigt sind, umfassen soll. Auf den unlängst stattgefundenen nationalen Gewerkschaftskongressen, dem Kongress in Cardiff (Wales), der belgischen „Gewerkschaftswoche“ betonten die Redner die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Technikern. Besonders dort, wo über aufbauenden Sozialismus geredet wird, über die Pläne, wie die Produktion in die Hand der Arbeiterschaft überführt werden soll, wird dieser Zusammenhang erkannt. Der veränderten Stimmung der Arbeiterschaft gegenüber den Kopfarbeitern liegt natürlich die Tatsache zugrunde, daß diese letzteren in immer wachsendem Maße zum Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit erwachen.

Aus aller Welt.

Raubüberfall auf eine oberösterreichische Bank. Montag Abend wurde auf die Volksbank in Laurahütte ein Raubüberfall verübt. Die Räuber zwangen die Beamten und das Publikum im Kassensaal, sich mit dem Gesicht gegen die Wand zu stellen, raubten 90 000 Mark und entflohen im Auto unerkannt.

Silberschatz im Fundbüro. Ein großer Silberschatz wurde im Fundbüro des schlesischen Bahnhofers entdeckt. Am 2. September d. J. wurde auf dem Potsdamer Ringbahnhof ein Offizierskoffer mit der Aufschrift „Oberleutnant Zimmermann“ als Handgepäck in Verwahrung gegeben. Er wurde jedoch nicht wieder abgeholt und kam nach Ablauf der Lagerfrist nach dem Eisenbahnfundbüro auf dem schlesischen Bahnhof. Als man ihn dort zur etwaigen Ermittlung des Eigentümers öffnete, ergab sich, daß er nicht verloschen war. Um so größere Verwunderung erregte sein Inhalt. Er besteht aus Silberfachen aller Art. Der Fund hat großen Wert. Ohne Zweifel stammt er aus einem Einbruch, der noch nicht zur Kenntnis der Berliner Kriminalpolizei gekommen ist.

Schwere Zuchthausstrafen für zwei Frauen. In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die Frau Haus und Schulz wegen Ermordung des Geldverleihers und Winkeladvokaten Engelmann erklärten die Geschworenen die Angeklagte Haus des schwereren Raubes mit Todeserfolg und die Angeklagte Schulz der Anstiftung für schuldig. Das Gericht in Berlin verurteilte die Haus zu 12 Jahren und die Schulz zu 15 Jahren Zuchthaus.

Todesurteil. Das Schwurgericht Nordhausen verurteilte den 19jährigen Arbeiter Baranowski, der den 60jährigen Arbeiter Zimmermann auf der Landstraße ermordete und beraubte, zum Tode.

Ein großer Schwindel mit Eisenbahnwagen. Der Maschinenbautechniker Oskar Förster aus Halle verstarb es, eine Firma in Querfurt, der er 600 Meter Schienen zu liefern versprach, um 120 000 Mark zu betrügen. Er errichtete zum Schein ein Bureau, ließ sich Briefbogen drucken und bot in den Tageszeitungen Schienen zum Kaufe an, ohne überhaupt derartiges Material zu besitzen. Die Firma entludte einen Beauftragten mit dem Gelde nach Halle. Förster nahm ihm das Geld ab, führte ihn auf einen Lagerplatz einer hiesigen Spezialfirma und verschwand dann durch die Hintertür. Er wurde in Meiningen wieder ergriffen, doch hatte er nur noch eine geringe Summe bei sich.

Lohngeblöber-Kraub. Auf den Friedersdorfer Ziegelwerken in Bitterfeld wurde nachts der Geldschrank gesprengt und 30 000 Mk. Lohngeblöber gestohlen.

Bestrafung französischer Zollbetrüger. In dem Prozeß wegen Zollbetrügereien vor dem französischen Kriegsgericht wurde der Hauptangeklagte Florence zu drei Jahren Gefängnis und 250 000 Mark Geldstrafe, zwei weitere französische Kaufleute zu einem Jahr Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe und ein vierter zu sechs Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Hauptmann, der in fahrlässiger Weise durch Herabgabe von nicht ausgefüllten, aber von ihm unterschriebenen Bous, die Zollhinterziehungen erleichterte, erhielt drei Monate Gefängnis und ein weiterer Hauptmann eine Geldstrafe von 5000 Mark. Ein Feldwebel wurde zu einem Jahr Gefängnis und 4000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Genossenschaften.

Aushaltung verkaufter Zwischenglieder. In der kürzlich im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung wurde wieder die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen auf Grundlage der freien Wirtschaft besprochen. Dieser Weg ist bereits mit Erfolg von den großen land-

wirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften beschritten worden. Um praktische Erfolge zu erzielen, müsse — so wurde ausgeführt — die Frage der Abfertigung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Hauptsache innerhalb der einzelnen Bezirke, Provinzen und Landesteile gelöst werden. Hierzu hätten sich die dort bestehenden Verbrauchervereinigungen aller Art mit den Erzeugerorganisationen in Verbindung zu setzen, um eine möglichst rasche Geschäftsentwicklung, insbesondere beim Verkehr mit leicht verderblichen Waren, zu ermöglichen. Um die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbrauchervereinigungen zu fördern, wollen die Vertreter der Erzeugerorganisationen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumgenossenschaften erneut in diesem Sinne auf ihre Unterorganisationen einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

Theater und Musik.

Aus dem Konzertsaal. Ein Teil der volkstümlichen Konzerte, die früher regelmäßig Montags im Stadttheater stattfanden, ist neuerdings nach dem „Kolosseum“ verlegt. Es scheint mir aber, daß dies noch nicht allgemein bekannt ist. Denn am letzten Montag, als ich erstmalig ein solches Konzert besuchte, fand ich das Kolosseum geradezu beschämend leer, eine im Konzertleben Lübeds ganz ungewöhnliche Erscheinung. Karl Mannhaedt ließ es sich trotzdem nicht verdrießen, das aufgesetzte Programm durchzuführen. Das Orchester spielte Raffinis tauschische, köstliche „Teil“-Ouvertüre, Mendelssohn-Bartholdys „Schottische“, die im Kolosseum sogar viel schöner klang, als neulich im Stadttheater, Webers Ouvertüre zu „Preziosa“, die nicht unangenehm ist, und eine Rhapsodie für großes Orchester von dem Holländer van Utrou. Im Freiheitskampf der Holländer gegen die Spanier spielte der Admiral Piet Hein eine bedeutende Rolle. Er war es, der die spanische Silberflotte eroberte. Seine Taten haben sich noch heute im holländischen Volkslied durch Volkslied und Erzählung lebendig erhalten. Eines dieser Volkslieder, dessen Musik auf Wotta zurückzuführen ist, hat nun Utrou seiner Rhapsodie zugrunde gelegt, die nicht ohne melodischen Reiz ist. Das Orchester spielte das Tonstück an sich sehr gut; das Tempo war mir allerdings etwas gar zu geruhig. Herr Gerrit Bijster vom Stadttheater, unser lyrischer Tenor, sang die Arie des Rudolf aus Puccinis „Bohème“ und Don Joses Arie aus Bizets „Carmen“. Der sympathische Sänger fand auf allen Seiten freundlichen Beifall. Als Rausschmeißer spielt Mannhaedt Johann Straußers „Schwalzer“.

Das vierte volkstümliche Konzert im Gewerkschaftshause, das am Dienstag stattfand, hatte sich eines ziemlich regen Besuchs zu erfreuen, wenn auch der Massenbesuch vom Vorjahre m. E. noch lange nicht erreicht war. Bekanntlich unterliegen diese Konzerte in diesem Jahre der Begünstigung durch den Bezirksbildungsausschuß. Ein Anlaß mehr, sie stärker zu besuchen. An Stelle Mannhaedts, der sich ganz hervorragende Verdienste um die gute Einführung dieser wahrhaft volkstümlichen Konzerte erworben hat, führt neuerdings Herr Konzertmeister Millies das Szepter. Vermutlich sind es in erster Linie Ersparnisgründe gewesen, welche das Orchester veranlaßt haben, den Dirigenten den eigenen Reihern zu entnehmen. Ich habe Herrn Millies in all den Monaten, seitdem er unserm Stadttheaterorchester angehört, als tüchtigen Musiker schätzen gelernt. Er ist zwar kein Blender, aber sein Spiel zeichnet sich durch große Akkuratheit und Sittigkeit des Tones aus. So verlässlich wie als Primaeiger ist er auch als Konzertleiter. Er dirigiert ruhig und sachlich und ist peinlichst beflissen, jedem Komponisten gerecht zu werden. Er macht sich nicht an, die Komponisten über seinen eigenen Reihern zu ziehen, sondern fühlt sich ganz als getreuer Fridolin, der lediglich Dolmetsch des Komponisten sein will. Beim Aufbau der Vortragsfolge war die Architektur beibehalten, die sich bereits bei den Mannhaedt-Konzerten auf das Beste bewährt hat: ein wichtiges Eingangsportal, das sich allmählich in leichte Formen auflöst. Am Dienstag spielte das Orchester zunächst Webers effische „Oberon“-Ouvertüre, das Vorspiel zum 3. Akte der „Meisterfänger“ und eine pastorale Fenslange aus Ferdis „Aida“. Den zweiten Teil leitete Raffinis köstliche, unsterbliche „Teil“-Ouvertüre ein. Ihr folgte ein Streichquintett von Wienl „Wie im Kloster“. Dann legte man einen Immortellenkranz auf Korhinas Grab, den Rosenkranz gemunden hatte. Als Nachstück folgten einige Süßspeisen: Offenbachs Ouvertüre zu „Orpheus in der Unterwelt“, die auf köstliches Verlangen wiederholt werden mußte, ein echter Waldteufel-Walzer „Soch lehe der Tanz“, und ein arabisches Potpourri aus Camers einst viel gegebener „Puppenfee“. Den Beschluß machte des einstigen amerikanischen Armeekapellmeisters Sousa bekanntes Marsch „Unter dem Sternbanner“, der in der Regel als Eingangsstück der Ringkämpfer in die Kampfarena zu dienen pflegt. Das Publikum nahm die Darbietungen durchgängig mit lebhaftem Beifall auf.

Das kleine Dorf

Von Emile Zola.

I.

Wo liegt das kleine Dorf? In welcher Erdkratte birgt es seine weißen Häuser? Stehen sie in irgendeiner Bodenentfaltung um die Krüme herum? Oder stehen sie reihenlang an der Landstraße? Oder kleistern sie vielleicht gleich mutwilligen Ziegen eine Anhöhe hinan, eines über dem andern, mit den roten Dächern, die sich im Laube verdecken?

Hat das kleine Dorf einen wohlklingenden Namen? Einen zarten Namen, der leicht über französische Lippen gleitet, oder irgendeinen harten deutschen, der von Konsonanten strotzt und rauh ist wie Rabengeträchse?

Und wird Korn geschüttelt im kleinen Dorf oder Weinlese gehalten? Waut man Getreide oder Wein? Was treiben seine Bewohner jetzt um diese Sonnenstunde auf den Feldern? Bleiben sie am Abend auf dem Heimwege einen Augenblick stehen, um mit einem Blick die reichen Fluren zu umfassen und dem Himmel für das reiche Jahr zu danken?

II.

Ich stelle es mir gern auf einer Anhöhe vor. So verschwiegen liegt es zwischen den Bäumen, daß man es von weitem für ein zerkrümmertes und mit Moos bewachsenes Felsenstück halten könnte. Aber Rauch steigt aus den Zweigen; den Pfad hinunter klopfen Kinder einen Schubkarren vor sich her. Aus der Ebene schaut man neidisch zu ihnen herauf; und die Erinnerung an dieses Nest, das man kaum gesehen hat, nimmt man mit sich fort.

Kein, ich denke es mir in einem Winkel in der Ebene, am Rande eines Baches. Es ist so klein, daß eine Pappelwand es vor aller Augen verbirgt. Seine Hütten verschwinden gleich Leuchsen, habenden jungen Mädchen in den Weiden am Ufer. Sein Leppich ist ein Stück grüne Wiese; eine lebendige Hecke schließt es wie einen großen Garten nach allen Seiten ab. Man geht an ihm vorbei, ohne es zu sehen. Die Stimmen der Wäpferinnen läuten herüber wie Vogelgesang. Kein Rauch. Hinter seinem grünen Beitorhang schlummert es im Frieden.

Keiner von uns kennt es. Die nahe Stadt weiß kaum von seinem Dasein; es ist so bescheiden, daß kein Geograph sich darum

gekümmert hat. Es ist niemand, Spricht man seinen Namen aus, so erwacht keine Erinnerung. Unter der Menge von Städten mit hochtönenden Namen ist es ein Unbekanntes ohne Geschichte, ohne Ruhm und Schande: bescheiden hält es sich abseits.

Und deswegen lächelt das kleine Dorf wohl so anmutig. Seine Bewohner leben in der Einkamkeit; die Suben kesseln den Abhang hinunter; die Frauen spinnen im Schatten der Bäume. Das kleine Dorf ist glücklich in seiner Unberühmtheit und nur erfüllt von der Heiterkeit des Himmels. Es ist dem Schmutz und dem Lärm der großen Städte so fern! Sein Sonnenschein genügt ihm; seine Freude besteht aus Stille, aus Bescheidenheit und aus der Pappelwand, die es vor aller Welt verbirgt.

III.

Und morgen vielleicht weh die ganze Welt, daß das kleine Dorf existiert.

O Jammer! Der Bach wird rot werden, durch die Pappelwand werden Kugeln segeln, die aufgerissenen Hüften werden die stumme Verzweiflung der Menschen enthüllen, das kleine Dorf wird berührt werden.

Kein Wäpferinnenringklang, keine Suben, die den Abhang hinunterkugeln. Keine Ernten mehr, keine Stille, keine glückliche Bescheidenheit. Ein neuer Name in der Geschichte. Sieg oder Niederlage, eine neue Seite voller Blut, ein neuer Winkel Erde, den das Blut unserer Kinder düngt.

Nachts ist es, noch schlummert es und weiß nicht, daß es seinen Namen einem Gemehel schenken soll — morgen wird es schlagen, und ganz Europa wird von seinem Todesröcheln widerhallen. Dann wird es wie ein Blutsied auf der Erde haften. Heiter und zärtlich wird es sich mit einem düstern Kreis umgeben, mit bleichen Gesichtern werden Besucher über seine Trümmer schreiten, wie man über die steinernen Pfosten eines Totenhaus geht. Es wird verflucht sein.

Und ist es Außererlich oder Magenta — dann wird es in anderem Herzen klingen wie Fanfaren. Und ist's Waterloo, so wird dumpf wie Trommelwirbel die Erinnerung traurig durch unser Herz rollen.

Wie wird es sich nach seinen einsamen Ufern sehnen, nach seinen trübsamen Bauern, seinem menschenfernen Winkel, den nur die Schwalben bei ihrer Wiederkehr in jedem Frühling fannien! Besudelt und entweiht, unter seinem Himmel, darunter die

Aden krächzen, mit seinen jetten Weidern, die nach Verwesung riechen, wird es ewig durch die Jahrhunderte weiterleben als Mördergrube, als der verjente Ort, wo zwei Nationen einander gemüht haben.

Das Liebesnest, das Friedensnest, das kleine Dorf wird nur ein Kirchhof sein, ein Massengrab, darauf die trostlosen Mütter nicht einmal ihre Kränze werden niederlegen können.

IV.

Ueber die ganze Welt hat Frankreich solche Friedhöfe gesät. An allen vier Ecken Europas könnten wir niederknien und beten. Unsere Friedhöfe heißen nicht nur Pere Lachaise, Montmartre und Montparnasse; sie tragen auch die Namen aller unserer Siege und aller unserer Niederlagen. Von China bis Mexiko, von den Schneefeldern Rußlands bis zu den Sandwüsten Ägyptens gibt es keinen Fleck unter dem Himmel, wo nicht ein ermordeter Franzose liegt.

O ihr stillen, einsamen Friedhöfe, ihr schläft euren schweren Schlaf im unendlichen Frieden der Natur. Die meisten, fast alle erstreckt sich am Fuße irgendeines einsamen Dorfes, in dessen zerfallenen Gemäuer noch das Entsetzen hebt. Waterloo war nur ein Gutshof, Magenta zählte kaum fünfzig Häuser. Ein schrecklicher Wind ist über die unendlich Kleinen dahingegangen, und ihre Buchstaben, die gestern noch unschuldig waren, umweht ein solcher Blut- und Pulvergeruch, daß die Menschheit bis in fernste Zeiten erschauern wird, wenn ihre Lippen sie aussprechen.

Nachdenklich betrachtete ich eine Karte des Kriegsschauplatzes. Ich folgte den Ufern des Rheins und fragte Berg und Tal. Lag das kleine Dorf links oder rechts vom Fluße? Mühte man es in der Nähe der Festungen oder weiter, irgendwo in einem einsamen Gelände suchen?

Dann schloß ich die Augen, und ich verjuchte, mir jenen Frieden vorzustellen, die grüne Pappelwand vor den weißen Häusern, das Stückchen Wiese, darüber die Schwalben dahinstreichen, den Gesang der Wäpferinnen, das reine Stück Land, das der Krieg entweiht wird und dessen Schmach die Trompeten roh in alle Winde schmettern werden. Wo liegt denn das kleine Dorf?

(Aus Emile Zola, „Gesammelte Novellen.“ Gustav Kiepenheuer, Verlag, Potsdam 1921.)

*) Das kleine Dorf lag im Elsaß und hieß Wörth.

Bekanntmachung

betreffend Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs in Lübeck, Travemünde und Schlutup.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 17. 10. 1920 werden nachstehende Bestimmungen über die Einschränkung des Verbrauchs von Elektrizität erlassen und sofort in Kraft gesetzt:

- Verkaufsstellen, Warenhäuser, Ladengeschäfte und sonstige zum Verkauf an das Publikum bestimmte Räume mit Ausnahme der Apotheken dürfen nicht vor 8 1/2 Uhr vormittags und höchstens bis 6 1/2 Uhr abends elektrisch beleuchtet werden.
- Die Innenbeleuchtung von Schaufenstern wird bis 6 Uhr abends mit der Einschränkung gestattet, daß die Lichtstärke, auf den qm Bodenfläche des Schaufensters berechnet, 10 Kerzen nicht übersteigt. Für Schaufenster unter 1 1/2 qm Bodenfläche wird eine 16kerzige Glühlampe zugelassen.
- Die Benutzung von Elektromotoren in der Zeit von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends ist verboten.
- Verboten ist:
 - die Benutzung elektrischer Koch- und Heizapparate;
 - die Benutzung von Kohlefadenlampen;
 - die Außenbeleuchtung von Schaufenstern, die Beleuchtung von Schaufflächen, sowie jegliche Reflektoren- und Außenbeleuchtung;
 - die Beleuchtung nach der Straße offener Gebäudeeingänge.
- In den unter 1. genannten Räumen, in Speise- und Schankwirtschaften, Gasthöfen, Kaffeehäusern, Theatern, Lichtspielhäusern und dergl. in Büroräumen, Kontoren und Lagereien, sowie in Privatwohnungen ist die elektrische Beleuchtung auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Dahingehenden Anweisungen der mit der Kontrolle des Verbrauches beauftragten Beamten des Elektrizitätswerts ist unbedingt Folge zu geben.
- Zwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zu 1.-5. haben die Einstellung der Stromlieferung zur Folge.

Lübeck, den 20. Oktober 1921. (7978)

Die Betriebsbehörde.

Verordnung

betr. die Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs in Lübeck, Travemünde und Schlutup.

Das Polizeiamt verordnet hierdurch:

Wer den von der Betriebsbehörde erlassenen Vorschriften über die Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs in Lübeck, Travemünde und Schlutup vom 20. Oktober 1921 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit entsprechender Haft bestraft.

Die Verfügungen des Polizeiamts über den Ladenschluss und den Geschäftsschluss für Büros, Kontore und Lagereien vom 20. September 1919 bleiben neben den vorbezeichneten Vorschriften der Betriebsbehörde unverändert in Kraft.

Lübeck, den 20. Oktober 1921. (7979)

Das Polizeiamt.

Für die vielen Geschenke und Aufmerksamkeit zu ihrer Hochzeit dankt herzlich
Willy Schoen und Frau
geb. Stricker.
Dummersdorf. (7987)

Montag abend entschließ sanft unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Johanna Staack
geb. Strunck
im 66. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
G. Pimp und Frau
geb. Staack
J. Schunck und Frau
geb. Staack
nebst Enkelkindern.
Grabsstraße 7. (7951)
Beerdigung: Sonnabend nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes.
Endlich Ruhe, endlich Frieden
Nach so manchem herben Schmerz
Hast Du Ruhe nun gefunden
Schlummere sanft, Du gutes Herz.

Für die uns beim Einschneiden unserer lieben Tochter erwiesene innige Teilnahme und reichen Kranzspenden, sowie Herrn Pastor Rautke für seine trostreichen Worte sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. (7936)

Familie Adolf Westphal.

Junges Mädchen für die Morgenst. gel. (7977)
Attendorferstraße 42, I.

Sofort gesucht Zeitungsverkäufer.
„Lübecker Volksbote“,
Johannisstraße 46.

Junges Ehepaar f. 1-2 leere Zimm. m. Kochgeleg. Miete b. 1000 Mk. Off. erb. u. J. O. a. d. Exp. (7971)

25661. Bodenzimmer zu vermieten. (7944)
Regibienstraße 8, I.

1 m 561. Zimmer z. verm. (7957)
Geberstraße 4, III.

Ein Handwagen zu verk. passend für Handel. (7965)
Sittenstraße 8, I.

Ein guterh. S.-M.-Mantel, 550 Mk., u. S.-Stiefel, 42. (7948)
Abolstr. 21 a, II.

Herrenrad zu verk. (7946)
Wulf,
Schöntampstr. 18 a, r.

Neue und geb. Möbel jeder Art, Reisekoffer. (7974)
Georg Topp, Möbelhdlg.,
24 Mariesgrube 24.

Zu verk. ein Kinderwagen. Fischergrube 88/9, part. (7950)

Zu verkauf. elektr. Zug- Hänge-Lampe (Meßfina). (7947)
Wachtstr. 4 (Hofstent.)

Gehrockanzug vt. z. vt. (7958)
Kruse, Loignastr. 22.

Sehr gutes Damenrad für 800 Mk. z. v. **Mauritz**, (7972)
Fahrt.-Höhl., Bangem.

2 Gänse zu verkaufen. Dorfstraße 17, (7949)
Stöckelsdorf.

6 Fatterschweine sowie Ferkel zu verkaufen. (7968)
Haß, Geberstraße 28.

2 sehr schöne Ferkel billig zu verkaufen. (7968)
Howe, Fackenburg.

3 u. 4 Ferkel u. Zugänger sind morgen v. 4-6 Uhr abends zu verkaufen. (7959)
Moising, „Zur alten Post“

Maiblumentreib-Pflanz- teime kaufen (7952)
Schelm & Wege, Mengstr. 10

Alt-Blei, Zinn u. Fenster- rahmen zu kauf. gel. (7945)
Lenz, Fleischhauerstr. 26.

Runkelrüben zu kaufen gesucht (7964)
Howe, Fackenburg.

Es m. geb., d. schm. Kinder- schürze, die ein Knabe in der Johannisstr. aufgen. h., im „Volksboten“ abzugeben, da Zeugen vorh. sind. (7943)

Strühe werden geflochten, Strümpfe werden gestrickt (7985)
Westhoffstr. 18 III.

Marthallenstand 48 (7962)
Freitag und Sonnabend:
fr. Seeaal, gr. Schollen,
Rohbarsch, Seelachs,
Kabeljau, Fischlardonade.
R. Eggers.

Neu erschienen!
Vorwärts- Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—

Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.



Pikfein
glänzend und haltbar bleibt ihr Schuhzeug wenn Sie es mit **Lavalin** putzen lassen.

Überall zu haben.
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hann-Ricklingen

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck**,
Telephon 798. Moltkestraße 1. (7934)

Kleine Anzeigen

im „Lübecker Volksboten“, bei denen Käufer und Verkäufer innerhalb der werktätigen Bevölkerung zu suchen sind, werden vormittags bis 10 Uhr Johannisstr. 46 angenommen u. haben

großen Erfolg!

Bremer Zigarren-Fabriken G. Freje
Gegründet 1860 • Bremen • Gegründet 1860
Filiale Lübeck, Holstenstr. 13/15, Fernspr. 8937
Beste Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts- Zigarren.

Hotel Stadt Hamburg,
Lübeck.

Weißer Engel Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Endstation der Straßen-
bahn-Linie I.

Uhren-Henke,
Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vort. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

Gebr. Mütter, Mühlenstraße 13,
Beerdigungs-Institut.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Mannfakturwaren, Betten, Bettfed., Herr- u. Knab.-Gard., Arb- u. Berufskleid.

F. Fränkel,
Billege Bezugs-
quelle
in echten Leder-
waren, Koffern
u. Reiseutensilien
Bottle 51, 35
und Holstenstr. 4

F. Karstadt & Laurisch
Götter Straße 46, Telephon 1158.
Chemische Reinigung — Teppichklopfwerk.
Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 31, Breite
Straße 85/87, Fackenburg Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, Fern-
sprecher 943.
Brennmaterialien • Transporte aller Art.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

Hamburg			Büden			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Büden	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Miendorf
6 ⁰⁰	7 ⁴⁰	5 ³⁰	8 ⁰⁰	9 ¹⁵	6 ³⁴	7 ⁴⁵	7 ¹⁵	8 ¹²	6 ¹⁵	7 ²²	6 ²²
7 ⁴⁵	9 ²¹	2-4 St.	1 ³⁰	2 ⁴⁷	1 ⁴⁵	1 ⁰⁰	9 ⁴⁵	10 ⁴⁵	8 ²⁸	9 ¹⁸	10 ⁴⁸
9 ³⁰	11 ⁰⁸	7 ⁰⁵	4 ¹⁵	9 ¹⁵	8 ⁴⁵	1 ²⁰	12 ¹⁵	1 ⁰⁹	12 ²⁴	1 ²¹	3 ¹⁷
11 ⁰⁵	12 ³⁰	8 ²⁰	5 ³⁰	6 ²²	3 ²⁷	4 ⁴⁰	1 ⁴²	D 2 ²⁵	2 ⁵⁸	3 ⁵⁸	—
12 ⁴⁵	2 ²⁵	8 ³⁰	9 ¹²	10 ³⁴	7 ²²	8 ⁴⁰	2 ⁰⁰	2 ³⁶	7 ²⁸	S 8 ³⁴	—
3 ⁴⁴	5 ⁰²	10 ¹⁷	9 ¹²	10 ³⁴	7 ²²	8 ⁴⁰	7 ²¹	8 ²⁰	7 ⁴⁶	8 ⁵⁹	—
4 ¹⁷	5 ³⁹	12 ²⁸	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4 ¹⁷	5 ³⁹	12 ²⁸	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4 ¹⁷	5 ³⁹	12 ²⁸	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7 ¹⁵	8 ²⁴	2-4 St.	7 ¹⁵	8 ³⁵	5 ⁵⁰	7 ²⁵	8 ⁰⁵	10 ⁰²	5 ⁴⁵	7 ⁰⁸	—
7 ²²	9 ⁰⁰	5 ¹⁵	9 ²⁵	10 ²⁵	9 ⁰²	10 ⁰⁷	10 ³⁰	11 ³⁵	7 ⁵⁵	9 ²⁰	—
8 ¹⁵	9 ¹⁴	7 ²²	9 ²⁵	10 ²⁵	1 ⁵⁴	3 ³⁶	12 ⁰²	1 ⁴⁴	10 ⁵²	11 ⁵⁵	—
9 ⁰⁵	10 ²⁵	2-4 St.	12 ⁰²	1 ⁴⁴	—	D 7 ¹⁰	7 ²⁰	8 ⁵⁵	4 ¹⁵	6 ¹⁵	—
9 ³⁰	11 ⁰²	9 ⁰⁰	9 ¹²	10 ³⁴	7 ²⁵	8 ⁴⁵	9 ²⁰	10 ²²	7 ³⁰	8 ⁵³	—
2-4 St.	11 ⁴⁰	1 ⁰⁸	9 ¹²	10 ³⁴	7 ²⁵	8 ⁴⁵	—	—	—	—	—

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.
* Fahr. bis auf weiteres.

Glasscheiben aller Art,
Kitt,
Glasm., Bilderleisten
Bilder-Einrahmungen,
Oskar Tauchnitz,
Fleischstr. 33, Tel. 2808.

Franz Wehrendt,
Balanzstr. 35, Tel. 8943
An- u. Verk. sämtl. Kleid.
Wäsche, Fußzeug, Bett.

Margarete Habe, Putz-
gesch.
Mühlenbrücke 2.

Friedr. Michael
Gartensamereien,
Breite Str. 33, Tel. 2014.

Wolle spinnst und
färbt **H. BÖSSEL**,
nur Hinzstraße 37.

C. G. Torkuhl, Fünf-
hausen 12. Wäsche, Aus-
steuer- u. Herrenartikel.

R. Kössling, König-
str. 121, Tel. 2427. Seiler-
war., Ang.-Ger., Fischn.

E. Steen, Wahrenstraße 58
Ofen u. Herde,
Buntes Tongeschirr.

Fr. Kumpke, Königstr. 123
Tel. 3518,
Fahrr. Karbid., Wringm.

C. Grimm Radl,
Schlunacherstraße 6.
Leder — Schäfflestapper.
Zubehörartikel. T. 2029.

Dr. Drümmer, Fackenb.
Allee 64,
Fahrrädh. u. Rep.-Wkst.

Hausmann
Stimmen
Reparaturen.

Carl Topp, Inh. Gg. Jürß,
Mariesgr. 34,
Antiquitäten-Haus.

Dentist R. Düffer,
Breitestraße 44 II.

Karl Kleinfeld, Bahnhofstraße 3.
Reiseandenken und
Reiselektüre, Papiergeschäft.

Färberei Reimers,
Fischergrube 50.

J. Krause, Inh. O. Krause
Fleischhauer-
straße 5. Photo-Artikel.

Photo-Atelier Lubeca
Tel. 3121, Breitestr. 13.

A. Drückhammer, Königs-
str. 33. Buch-
bind. Rep. u. Fb. v. Handt.

J. Wolf, Kohlen-, Holz-
u. Kartoffelhdlg.
Dornestr. 19-19a. T. 2226.

F. W. Lichtenstein,
Barbier, Gr. Burgstr. 11
Flechten, Haubennetze.

Gustav Pütter, Uhr-
macher,
Lindenstr. 46, E. Meierstr.

E. Lüthge, Johannis-
str. 43 I,
Damen-Frisier-Salon.

Schwartau

Kurhaus Schwartau, Hotel
und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche
Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

Waldhalle: Tägl. Konzert
Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch.
Jed. Sonntag: Konzert.
Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16
Tel. 1842 :: Kohlen,
Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885.

Zigarren, Zigarretten, Rauchtak in all. Preisl.,
nur erste Fabrik, **Zigarren-Spezialhaus**
Georg J. F. Schmidt, Bahnhofstr. 2, Endstat.
der Straßenbahn. • Marktpavillon: Schokolade,
Konfittüren, Zigarren, Zigarretten, Reiseandenken.

W. Wiencke, Lübeck.
Str. 4, Tel. 2442, Autorep.
Fahrräder, Nähmasch.

Herm. Schwaberow
Zahnpraxis

Anna Martin
Putz- und Modewaren.

Kaffegarten Schwarz
vorm. Rogall,
Am Riesebusch.

Hotel Kronprinz
Tel. 1257 :: Vereinslokal
mit Saal und Kegelbahn

Hotel Lübecker Hof,
am Markt :: Tel. 1066.

Kauft bei den in der Geschäftlichen
Rundschau inserierenden Firmen.